

An Leser werden
Stelle werden
Die Beobachtet

Evaluation

DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

**April
2007**

Inhalt:

Bessere Schulen durch externe Evaluation und/oder noch mehr Kontrolle?

von Gele Neubäcker S. 3

Viel Lärm um nichts?

Bericht über die externe Evaluation einer Grundschule
von Alois Baun S. 6

Evaluation in den Erziehungshilfen – fast ein Plädoyer

von Verena Escherich S. 9

Die Evaluation der Integrationskurse

von Miriam Herrmann S. 11

Qualitätssicherung nach LQW – ein Flop für die Lehrenden und die Lehre

von Ernst Olbrich S. 13

Kultur- und Bildungsarbeit im Ausland – Potentiale für die Schulentwicklung im Inland?

von Harald Binder S. 15

Wir evaluieren die DDS – LeserInnenbefragung

Fragebogen zum Heraustrennen, Ausfüllen und Einsenden

Rettet die Frühförderung!

von Wolfgang Nördlinger S. 17

Ein Papier voller Widersprüche

»Aktionsrat Bildung« mit zutreffender Analyse von Bildungsdefiziten, aber falschen und unausgereiften Rezepten für künftige Bildungspolitik
von Helmut Oskar Brückner S. 19

Krippen-Diskussion auf den Punkt bringen!

Entscheidend ist die Qualität von Bildung und Erziehung der Kleinstkinder
von Günther Schedel-Gschwendtner S. 20

Angestellte Lehrkräfte in Bayern: TVöD und TV-L und wie weiter?

Von Ilona Deckwert S. 20

Wenn das BAföG vom Bildungsministerium über das Sozialministerium wieder eingezogen wird

von Michael Bayer S. 21

G 8 – eine vorläufige Bilanz

der Fachgruppe Gymnasien der GEW Bayern S. 22

Arbeit mit Migrantenkindern im Münchner Norden

von Stefan Dehne S. 24

Dies und Das S. 25

Veranstaltungen S. 26

Glückwünsche und Dank S. 27

Kontakte S. 28

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

Evaluation in eigener Sache – und zwar eine externe, durch Euch, liebe Leserinnen und Leser – wollen wir in dieser DDS betreiben. Wir möchten unser Schwerpunktthema zum Anlass nehmen, ein länger gehegtes Vorhaben endlich in die Tat umzusetzen. Deshalb haben wir in der Mitte des Heftes einen Fragebogen eingefügt, den wir Euch bitten auszufüllen und an uns zurückzugeben. Fast 5 Jahre arbeitet nun die aktuelle Redaktion für diese DDS¹ und wir denken, dass es Zeit ist, über die spontanen Rückmeldungen von Leserinnen und Lesern hinaus etwas systematischer und auf breiterer Datenbasis eine Einschätzung unserer Arbeit zu erfragen. Auch wenn wir nicht garantieren können, dass Kritik in jedem Falle zu Veränderung führt, wollen wir uns doch bemühen, dort, wo es uns möglich ist, unsere Arbeit an den Wünschen unserer Leserinnen und Leser zu orientieren. In diesem Sinne bitten wir um rege Beteiligung an unserer Umfrage. Karin Just

¹ Nur einen Verlust mussten wir beklagen, als Inge Poljak sich notgedrungen für ihre Arbeit in der IG Metall entschied. Aber wir gewannen in diesen fünf Jahren Doro Weniger und – ganz neu – Wolfram Witte für die Redaktion.

Und das sind wir:



Telefonische Sprechzeiten der GEW Rechtsstelle mit Beratung für GEW-Mitglieder: montags und donnerstags von 13.00 bis 16.00 Uhr
Telefon: 0 89-54 37 99 59
Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!

Impressum:

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-54 40 81 0 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • e-mail: info@bayern.gew.de • www.bayern.gew.de
Redaktionsleiterin: Karin Just, Heimeranstr. 58, 80339 München oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar • ☎ 0 89-51 00 91 02 • Fax: 089-5 38 94 87
e-mail: KJ@bayern.gew.de

Redaktionelle MitarbeiterInnen: Verena Escherich, Johannes Gaab, Hannes Henjes, Gele Neubäcker, Ute Schmitt, Doro Weniger, Wolfram Witte.

Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: imago/Steinach
Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

Anzeigenannahme: über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94, e-mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonates

Bessere Schulen durch externe Evaluation?

Das Damoklesschwert der »externen Evaluation« schwebt derzeit über den bayerischen Schulen und sorgt bei den LehrerInnen für Unmut und Unruhe.

Zum Begriff Evaluation

Der Begriff hielt etwa vor 15 Jahren Einzug in die schul- und bildungspolitische Debatte der BRD, im internationalen Vergleich 15 bis 20 Jahre verspätet. Seit den ersten PISA-Ergebnissen feiert er Hochkonjunktur. In der Regel wird er in Verbindung mit den Begriffen Schulentwicklung, Selbstständige Schule, Schulautonomie und Schulqualität verwendet.

In der Literatur finden sich fast so viele Definitionen wie AutorInnen sich darum bemühen. Einige Beispiele:

»Evaluation ist die systematische Sammlung, Analyse und Bewertung von Informationen über die schulische Arbeit.« Oder: »Evaluation ist ein systematisches Verfahren zur Auswertung und Bewertung.« Oder: »Schule wird unter der Frage beurteilt, ob ihre Arbeit und das von ihr Erreichte mit ihren eigenen Absichten, Vorhaben und Plänen und mit den für alle Schulen geltenden allgemeinen Vorgaben übereinstimmen.« Oder: »Evaluation ist eine definierte Methode der Qualitätssicherung.« Dies ist die Definition der »Qualitätsagentur«.

Evaluation umfasst meist zwei Arten: die interne Evaluation und die externe Evaluation, die in den meisten Konzepten additiv, in einzelnen alternativ gesehen werden.

- Interne Evaluation bedeutet, eine Schule beurteilt bzw. bewertet sich selbst systematisch auf selbst gesetzte und von außen kommende Vorgaben. Die Entscheidungshoheit liegt bei der Schule.
- Bei der externen Evaluation werden Inhalte, Maßstäbe und Verfahren von außen festgelegt und zumindest schulfremde, ggf. systemfremde ExpertInnen übernehmen die Beurteilung.

Wer die Qualität einer einzelnen Schule messen will, braucht genaue Vorstellungen davon, was eine gute Schule, was Schulqualität ausmacht.

In den letzten Jahren wurden (einander ähnelnde) Kriterien einer »guten Schule« bzw. »guten Unterrichts« wissenschaftlich abgesichert gefunden und veröffentlicht (z. B. Brockmeyer und Riss 2000, H. Meyer 2000). Ein politischer Konsens darüber wird offensichtlich unterstellt. Lehrerinnen und Lehrern wurden die Kriterien nicht systematisch präsentiert. Unter KollegInnen – meine ich – sind wir weit von einem solchen Konsens entfernt.

Evaluation an bayerischen Schulen

Der Bereich »Externe Evaluation« der »Bayerischen Qualitätsagentur«, einer im Oktober 2003 aus dem ISB »heraus-



und/oder
noch mehr
Kontrolle?

Foto: imgbroker.com/begsteiger

geschnittenen« Einrichtung, hat ein Modell der externen Evaluation von Schulen entwickelt. Dabei wird davon ausgegangen, dass jeweils eine interne Evaluation vorausgeht.

Von März 2004 bis Sommer 2005 lief die Erprobungs- bzw. Pilotphase. In dieser Zeit wurden nur Schulen evaluiert, die sich freiwillig gemeldet hatten. Seit dem Schuljahr 2005/2006 läuft der »reguläre Betrieb«.

Wer wird evaluiert?

Das KM hat das Ziel, alle Schulen alle fünf Jahre evaluieren zu lassen, und geht dabei davon aus, dass die personelle Ausstattung und die Bedingungen dafür zum Ende unseres Jahrzehntes entsprechend sein werden.

Die Auswahl der in einem Schuljahr zu evaluierenden Schulen erfolgt nach drei Kriterien: freiwillige Meldung der Schule, Benennung durch die Schulaufsicht, Stichprobenziehung durch die Qualitätsagentur.

Wer evaluiert?

Im Gegensatz zu anderen Ländern, wo Evaluation eine lange Tradition hat (z. B. Finnland, Schweden, Niederlande), ist Evaluation in Bayern nicht wirklich extern, indem systemfremde ExpertInnen Schulen beurteilen. Der erforderliche Blick »von außen« ist offensichtlich nicht wirklich erwünscht, stattdessen gibt es einen Blick »von nebenan«: Evaluationsteams bestehen aus drei VertreterInnen der eigenen Schulart und einer Vertretung von Eltern oder Wirtschaft. Jedes Team benennt einen Sprecher bzw. eine Sprecherin. Ausgeschlossen ist gerade einmal die Evaluation der eigenen Schule bzw. einer Schule aus dem eigenen Schulamtsbezirk.

Zuständig für die Ernennung zum Evaluator bzw. zur Evaluatorin ist die Qualitätsagentur, die ihrerseits auf Vorschläge der Schulaufsicht zurückgreift. Infrage kommen v. a. LehrerInnen, Seminarlehrer- bzw. -leiterInnen, Schulleitungsmitglieder, FachreferentInnen, nach Aussagen der Agentur benannt wegen ihrer Fachkompetenz, ihres Engagements und ihrer Erfahrung. VertreterInnen von Eltern und aus der Wirtschaft zu gewinnen, ist offensichtlich schwierig. Die Qualitätsagentur greift hier ebenfalls auf Vorschläge zurück.

Sie bereitet die Ausgewählten auch auf ihre Aufgabe vor. Soweit sie im Schuldienst sind, in einer Qualifizierungswoche

in Dillingen, die Anderen in einer eigenen Veranstaltung.

Die Tätigkeit als EvaluatorIn ist als zusätzliche Aufgabe neben der eigentlichen Tätigkeit konzipiert und wird für die schulischen Teammitglieder durch Anrechnungsstunden »honoriert«. Pro Team und Schuljahr stehen 30 Anrechnungsstunden für acht bis zehn Evaluationen zur Verfügung. Im Schuljahr 2006/07 sind das für 52 Teams also 1560 Stunden oder rund 60 Stellen. Die Zahlen müssten sich in den nächsten drei bis vier Jahren verdoppeln, wenn das KM sein o. g. Ziel erreichen will.

Allerdings hat sich die Praxis der »Teilfreistellung« durch Anrechnungsstunden erwartungsgemäß als problematisch erwiesen. Wenn EvaluatorInnen bei Schulbesuchen sind – und das sind bei zehn Evaluationen mindestens 30 Schultage pro Jahr –, muss ihr Unterricht von KollegInnen vertreten werden.

Wohl auch deshalb ist das KM bestrebt, auf »Vollzeit-Evaluationsteams« umzustellen. Zumindest im GHS-Bereich sind bereits VollzeitevaluatorInnen im Dienst. Auch ein anderer Verdacht drängt sich auf: Eröffnet sich hier eine Möglichkeit, durch die demografische Entwicklung, Schulschließungen und Verwaltungsreform frei werdende FunktionsstelleninhaberInnen angemessen »unterzubringen«?

Immerhin wird von Vertretern des KM zugestanden, dass die bisherige »Ernennungspraxis« langfristig durch eine Ausschreibung der Stellen ersetzt werden soll.

Das Prozedere der externen Evaluation

LehrerInnen erleben eine Evaluation, wenn es nach den Vorstellungen der Qualitätsagentur geht, etwa so:

Ungefähr acht Wochen vor den drei Schulbesuchstagen wird die »Schulfamilie« (LehrerInnen, Schulleitung, Eltern und SchülerInnen und Sachaufwandsträgervertretung) informiert und mit dem kompletten Team vertraut gemacht. Im Anschluss daran hat die Schulleitung ein Schulportfolio mit zahllosen Daten, darunter auch LehrerInnenfragebögen, zu erstellen und einzureichen.

Etwa eine Woche vor dem Schulbesuch legt der Teamsprecher zusammen mit der Schulleitung die Organisation der Schulbesuchstage fest. Während dieser drei Tage sollen 18 Unterrichtsstunden von jeweils zwei Teammitgliedern besucht werden. Anschließend an jeden Besuch soll ein kurzes Gespräch stattfinden. Welcher Unterricht besucht wird, entscheidet letztlich der Teamsprecher bzw. die Teamsprecherin.

Kurz nach den Schulbesuchen übermittelt das Evaluationsteam den Entwurf seines Berichts an die Schule. Ein zweites Mal trifft sich dann die »Schulfamilie« mit dem Evaluationsteam zu einer Konferenz über diesen Bericht, der jedoch im Wortlaut nicht weitergegeben wird.

Danach hat die Schulleitung die Möglichkeit, den Berichtsentwurf in einer Stellungnahme zu kommentieren. Das Evaluationsteam entscheidet, was von dieser Stellungnahme in den endgültigen Bericht aufgenommen wird.

Die Endfassung des Berichts wird der Schule, der Schul-

aufsicht und der Qualitätsagentur zugeleitet, wobei die Passagen, die Schulleitung und Schulmanagement betreffen, gesondert dokumentiert und nicht der Schule, sondern nur der Schulleitung zugeleitet werden. Das Kollegium soll also nicht erfahren, wie die EvaluatorInnen die Arbeit der Schulleitung würdigen, welche Stärken und Schwächen sie dort wahrnehmen.

Mit dem Ausfüllen eines Rückmeldebogens zur Evaluation ist diese faktisch für LehrerInnen »überstanden«, spätestens, wenn in einer weiteren Konferenz Vorschläge zur Umsetzung der Empfehlungen gesammelt sind und eine Einigung auf ca. fünf Ziel- und Handlungsvereinbarungen gefunden ist.

Nach der Evaluation

Spätestens jetzt kommt die Schulaufsicht ins Spiel: Schulaufsicht und Schule sollen die verbindlichen Ziel- und Handlungsvereinbarungen treffen – wieder getrennt nach denen für alle und denen für Schulleitung und Schulmanagement. Die Schulaufsicht soll die Umsetzung der Vereinbarungen unterstützen, die Schule beraten und Impulse geben.

Einige Kritikpunkte

Ohne Evaluation grundsätzlich für Teufelszeug zu halten, ist Kritik am bayerischen Modell – und auch an ähnlichen Modellen der anderen Bundesländer – angebracht. Hier nur einige Aspekte, ohne auf Details (z. B. die verschiedenen Fragebögen, die einen eigenen Artikel füllen würden) einzugehen:

- Der Evaluationsprozess endet für die einzelne Schule mit der Festlegung verbindlicher Ziele. Zu ihrer Amtszeit wurde Kultusministerin Hohlmeier auf der Homepage der Qualitätsagentur mit folgenden Worten zitiert: »Entscheidend ist, was zwischen den Evaluationen geschieht.« Damit hatte sie sicher Recht. Tatsächlich werden die Schulen mit ihren Problemen allein gelassen. Weder personelle, fachlich qualifizierte Unterstützung, noch materielle Hilfen zur Erreichung der Ziele werden garantiert, ja nicht einmal in Aussicht gestellt. Die Verpflichtung der Schulaufsicht zur Unterstützung der Schulen wird nicht präzisiert und die Schulaufsicht hätte auch keine entsprechenden Mittel. Das KM lässt keine Gelegenheit aus, darauf hinzuweisen, dass über 80 % der Empfehlungen der EvaluatorInnen in der Schule selbst (und damit kostenneutral) umzusetzen seien. Mit einer quantitativen Auflistung der Empfehlungen ist es jedoch nicht getan. Offensichtlich wird die Empfehlung, »eine gute Atmosphäre zu pflegen«, gleichgestellt mit der Empfehlung, »Sprachkompetenz von ausländischen Kindern besser zu fördern«.
- Die Akzeptanz der externen Evaluation bei LehrerInnen ist nicht gegeben. Evaluation wird in einer Zeit eingeführt, in der laufend Neuerungen und »Reformen« aufoktroiiert werden. Zeit und Motivation zur gründlichen Auseinandersetzung sind nicht vorhanden, wieder wurde zu-

sätzlich etwas übergestülpt. Nicht zu Unrecht ist von einer weiteren zusätzlichen Kontrolle die Rede. Damit wird die Evaluation an vielen Schulen ins Leere laufen, denn man kann Evaluation zwar anordnen, aber man kann nicht erzwingen, dass sie funktioniert und wirksam ist.

- Die Unterrichtsbesuche ähneln denen bei der dienstlichen Beurteilung. Dies wird von den VerfechterInnen der Evaluation immer wieder heftig bestritten mit dem Argument, es gehe um eine Beurteilung der Schule als System, nicht der einzelnen LehrerIn. Solange jedoch die Kriterien, mit denen Unterricht in beiden Fällen beurteilt wird, weitgehend die gleichen und EvaluatorsInnen zu einem guten Teil auch BeurteilerInnen sind und sie auch ungebeten Unterricht besuchen können, wird die genannte Argumentation nicht überzeugen.
- Die Benennung von EvaluatorsInnen nach alter obrigkeitstaatlicher Tradition macht skeptisch. An diese Teams werden hohe Anforderungen gestellt. Die Qualifizierung in einer Woche reicht nicht aus. Wer eine Funktionsstelle anstrebt, muss sich einem umfassenden Bewerbungs- und Auswahlverfahren stellen, in aller Regel spielt die Beurteilung die Hauptrolle. Zur EvaluatorsIn dagegen wird man vorgeschlagen und dann ernannt. Eine Ausschreibung aller entsprechenden (Funktions-)Stellen und eine Beurteilung der entsprechenden »Eignung« durch die Schulaufsicht, verbunden mit entsprechenden Qualifizierungsmaßnahmen anstelle der überkommenen Regelbeurteilung, wäre ein denkbarer Weg.
- LehrerInnen bereits evaluierter Schulen berichten häufig, dass die Evaluation so gut wie keine neuen Erkenntnisse gebracht habe, die thematisierten Probleme seien auch vorher bekannt gewesen, wirkliche Lösungsansätze seien nicht aufgezeigt worden (s. den nebenstehenden Auszug aus dem Protokoll der Landesfachgruppe berufliche Schulen). Die Qualitätsagentur ging offensichtlich ursprünglich davon aus, dass Schulen vieles nicht wissen, und veröffentlichte Folgendes auf ihrer Homepage:
»So könnte z. B. eine Schule besonders das Ziel verfolgen, neue Medien im Unterricht vielfältig einzusetzen. Die externe Evaluation würde darauf aufmerksam machen, dass dies allein noch keinen guten Unterricht garantiert, sondern dass dazu gerade ein Wechsel von Lehr- und Lernformen oder nachhaltiges Üben unverzichtbar sind. Ohne dass die Arbeit der Schule abgewertet wird, erfährt sie eine

Ausweitung: Darin liegt Qualitätsentwicklung!« (Die Homepage ist inzwischen überarbeitet.)

- Die größte Gefahr im Zusammenhang mit der externen Evaluation ist die der Veröffentlichung der Ergebnisse in der Form eines Schulrankings. »Der Evaluationsbericht wird derzeit nicht veröffentlicht«, ist aus dem KM zu hören. Das kann sich ändern. Sollten die »besten« Evaluationsergebnisse so wie die besten Jahrgangsstufen- und Orientierungsarbeiten-Ergebnisse von allen Interessierten einzusehen sein, käme es schnell zu einer Rangordnung von Schulen, die jedoch realitätsfern wäre. Die Bedingungen, unter denen eine Schule arbeitet, sind numerisch nicht zu erfassen und fielen unter den Tisch. Clevere SchulleiterInnen rühmen sich schon jetzt öffentlich in der Presse ihrer guten Evaluationsergebnisse.
- Aus der Sicht der GEW ist die externe Evaluation grundsätzlich nicht akzeptabel, solange die Schulstrukturen in Bayern nicht auch auf den Prüfstand gestellt werden. Würden wirklich externe Experten (auch aus dem Ausland) eingeladen, einen kritischen Blick auf die bayerische Schulstruktur zu werfen und Empfehlungen zu geben, die in verbindliche Vereinbarungen mit den politisch Verantwortlichen münden, fände sicher auch der kritische externe Blick auf die einzelne Schule mehr Akzeptanz. Denn für uns in der GEW gilt nach wie vor: Nur EINE SCHULE FÜR ALLE bietet die notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung für eine erfolgreiche Weiterentwicklung von Schule und Unterricht, von Lehren und Lernen, für die Förderung und Forderung jedes einzelnen Schülers und jeder Schülerin im Rahmen seiner bzw. ihrer Möglichkeiten!

Erfahrungen zu »externer Evaluation« im Bereich der beruflichen Schulen

(aus einem Protokoll der Landesfachgruppensitzung)

An den FOSen in München, Schweinfurt und Weiden wurden ähnliche Erfahrungen mit der bayerischen externen Evaluation gemacht: Die Schulleitung meldete die Schulen freiwillig für die Evaluation an. Die versprochene Mitbestimmung des Kollegiums bei der Auswahl der Kriterien wurde nicht eingehalten. Die Sorgen und Probleme der Kollegien wurden nicht aufgenommen. Neue Erkenntnisse gab es keine, aber fast standardmäßig wurde eine zu geringe »Schülerzentrierung« kritisiert. Zusätzliche Ressourcen wurden nach einer Evaluation nicht zur Verfügung gestellt, stattdessen wurden die Lehrkräfte aufgefordert, nachmittags und am Wochenende dezentrale Fortbildungen zu organisieren und zu besuchen.

Ein Kollege berichtet aus Finnland, dort wird konsequent evaluiert, dabei spielen auch Wohlfühlfragen nach der Essensqualität und den Stühlen eine große Rolle. Ein Zeichen der Professionalität sei, den Erfolg der Bildungsaufwendungen zu überprüfen.

Zusammengefasst ergibt die Diskussion Folgendes: Die Umsetzung der Evaluation in Bayern ist problematisch, da sich die Ursachenforschung immer nur auf eine Kritik an den Lehrkräften beschränke und mit einer Arbeitsverdichtung verbunden ist (z. B. Arbeitszeitverlängerung). Dagegen wird eine möglicherweise hemmende Rolle der Schulleitung nie thematisiert. Grundsätzlich ist eine Evaluation sinnvoll, welche die Verhältnisse analysiert und Wege sucht, das »Behindernde« zu verändern.

Auf der Homepage der Qualitätsagentur sind ausführliche Informationen zur externen Evaluation übersichtlich dargestellt (www.isb.bayern.de).

von Gele Neubäcker

Stellvertretende Vorsitzende der GEW Bayern





Viel Lärm um nichts?

Bericht über die externe Evaluation einer Grundschule

Foto: Robert Michel

Vorspann

Zwei Wochen vor Ende des letzten Schuljahres wurden alle oberbayerischen Schulleiterinnen und Schulleiter, die im Schuljahr 2006/07 evaluiert werden sollten, in die Regierung von Oberbayern einbestellt. Draußen 30 Grad und drinnen war die Stimmung auch ziemlich hitzig. Eine Veranstaltung weit überflüssiger als ein Kropf und das in einer Zeit, in der an den Schulen wirklich allerhand zu tun war. Über Einwände und Bedenken von SchulleiterInnen wurde in typischer hierarchischer Beamtenmentalität kommentarlos hinweggegangen.

Ein wirklich gelungener Einstieg in die externe Evaluation!

Das EVA-Team stellt sich vor

Anfang Oktober 2006 stellte sich dann das EVA-Team an unserer Schule vor: drei Lehrkräfte aus dem benachbarten Landkreis und ein Mann aus der Wirtschaft. Geladen waren alle am Schulleben Beteiligten: Kolleginnen, Bürgermeister, Elternbeiratsvorsitzender, Hausmeister, Sekretärin, Personal der Mittagsbetreuung und Reinigungspersonal.

Das Evaluationsteam war uns als Gäste herzlich willkommen.

Wir begegneten dem Team aufgeschlossen und unvoreingenommen. Ich persönlich bin überzeugt, dass es durchaus sinnvoll sein kann, wenn Personen von außen einen Blick auf unsere Schule werfen, weil es sich gar nicht vermeiden lässt, dass bei den Leuten, die in der Einrichtung tätig sind, die eine oder andere Betriebsblindheit auftritt.

Trotzdem wurde eine gewisse Skepsis nicht verhehlt, die auch durchaus ihre Berechtigung hatte.

- Diese Evaluation ist nun mal keine freiwillige Veranstaltung und ihre Regularien wurden auch nicht in Zusammenarbeit mit den von der Evaluation betroffenen Einrichtungen und Personen festgelegt.

- Die Papierlage – sprich der Arbeitsumfang – war wieder mal ausgezeichnet.

So, und jetzt machten wir uns an die Arbeit

Statistiken zusammensuchen, Übersichten erstellen, Organisationspläne für die Schulbesuchstage erarbeiten.

In diesem Zusammenhang passierte etwas Lustiges und durchaus Symptomatisches. Ich bin das dritte Jahr an dieser

Kleiner Exkurs über Leitbilder und andere »Reform«-

In den letzten Jahren haben wir häufig genug bei der Androhung einer neuen »Reform« – bedeutet ja eigentlich »Verbesserung des Bestehenden« nach Duden – den Kopf eingezogen und gehofft, sie würde wie ein Gewitter ohne Blitzeinschlag an uns vorbeiziehen. Unter der Vorgängerin des jetzigen Kultusministers wurde nahezu im Wochenrhythmus eine neue »Offensive« durchs bildungspolitische Dorf getrieben.

Manchmal war es dann auch so, dass es ohne Blitzeinschlag abging:

1. Mit Freude erinnere ich mich noch an die Leitbilddiskussion.

In zehn neuen Geboten sollte da den Schulen quasi eine neue Religion verordnet werden u. a. mit so weisen fernöstlichen Sprüchen wie »Der Weg ist das Ziel.« Nur dass uns diese Gebote nicht wie weiland von Moses auf Steintafeln überbracht wurden, sondern von jungen Juristlein auf Festplatten gespeichert wurden.

Während man sich bei Steintafeln notgedrungen knapp halten musste mit dem Text und sich auf das Wesentliche beschränkte, bietet halt so eine Festplatte viel mehr Platz, was für den Inhalt nicht immer gut ist. Und während Steintafeln fast ewig halten, ist die Lebensdauer von Festplatten eher begrenzt. Von einem verordneten Leitbild hat man dann bald nichts mehr gehört. Dieses Leitbild wird uns aber in der Evaluation noch begleiten und beschäftigen.

Jede Geschichte hat auch ihre Moral: Es ist nicht völlig ausgeschlossen, dass man auch »oben« lernfähig ist, da ja zumindest dem Augenschein nach der Kopf doch immer oben sitzt.

2. Da hat nun der Blitz wirklich und fest eingeschlagen: R 6

Ebenfalls im Wochenrhythmus wurde in Presseerklärungen des KM das »Erfolgmodell R6« hymnisch gepriesen. Eigentlich sollte man es nicht hymnisch sondern zynisch nennen.

Schule. Was das Auffinden länger zurückliegender Vorgänge betrifft, ist unsere Sekretärin bei weitem findiger und erfahrener als ich. Während wir nun gemeinsam das Material zusammenstellten, meinte ich, dass wir uns eine Leitbildvorlage sparen könnten, weil keine da sei. »Natürlich ist eine da«, meinte sie. Sie wusste sogar, dass ein Leitbild im Jahr 2000 erarbeitet worden war. Also machten wir uns beide auf die Suche nach dem verlorenen Leitbild. Ergebnislos!

Auch die Kolleginnen bestätigten das Vorhandensein eines Leitbildes, aber es hatte sich verflüchtigt. Einfach weg! Und das Schlimmste: Es wurde die letzten sieben Jahre nicht ein einziges Mal vermisst.

Und so fragte das EVA-Team an den Schulbesuchstagen zwar jeden und allerorten nach dem schulischen Leitbild, aber es blieb und bleibt unauffindbar. Wie konnte unsere Schule nur die Jahre über ihren nicht mal schlechten Ruf wahren ohne schuleigenes Leitbild? Wir wissen es nicht.

Eltern- und KollegInnenbefragung

Vor den Schulbesuchstagen findet eine LehrerInnen- und Elternbefragung mittels umfangreicher Fragebögen statt. An den Hauptschulen zusätzlich auch noch eine SchülerInnenbefragung. Der LehrerInnenfragebogen umfasst zehn Seiten, der Elternfragebogen acht Seiten. Über die Sinnhaftigkeit der einen oder anderen Frage lässt sich trefflich streiten. Diese Fragebögen werden im ISB ausgewertet und die Auswertung wird umgehend der Schule zur Verfügung ge-

stellt. Für Schulleitungen ist es dann positiv zu erfahren, dass Kolleginnen und Eltern eigentlich recht zufrieden mit der Schule sind. Ausnahme! Es gibt kein Leitbild.

Schulbesuchstage oder wer übernimmt die Vertretung

Drei Schultage hält sich das EVA-Team an der Schule auf, besucht 18 Stunden Unterricht, interviewt SchülerInnen, LehrerInnen, Eltern, Schulleitung, nichtpädagogisches Personal, den Bürgermeister als Sachaufwandsträger und macht einen Rundgang durch das Schulgelände. Die Fragen sind großteils bei allen Gruppen identisch und bei der Frage nach dem Leitbild müssen wir gestehen: Es ist immer noch unauffindbar.

Unangenehm sind die Unterrichtsbesuche nicht. Wir hatten uns darauf geeinigt, keinen Zinnober zu veranstalten, sondern sie sollten unsere tagtägliche Werkschau sehen. Soweit ich das verfolgen konnte, war es dann auch so. Die Unterrichtsstunden werden auch nicht besprochen oder diskutiert. Allen Kolleginnen werden im Anschluss die gleichen Fragen gestellt nach der Klassenzusammensetzung, dem Sozialgefüge und der Zusammenarbeit der Kolleginnen untereinander.

Am zweiten Tag war ich im Schulhaus unterwegs auf der Suche nach Kolleginnen, die Unterricht vertreten, weil eine Lehrerin kurzfristig erkrankt war. Da war sie dann wieder, die Frage nach den Prioritäten. Im Schulhaus befanden sich drei qualifizierte KollegInnen ohne Unterrichtsverpflichtung und ich musste beschäftigte Kolleginnen bequatschen, doch noch zusätzlich Vertretung zu schieben. Es lag nahe, die drei EVA-KollegInnen zu bitten, den Vertretungsunterricht zu übernehmen. Ich hab es mir dann, wenn auch schweren Herzens, doch verbissen.

Aber die Frage muss erlaubt sein: Ist es vernünftig, ist es ökonomisch und ist es anständig, bayernweit Unterrichtskapazitäten für Evaluation abzuziehen, während in Niederbayern hunderte Eltern gegen massiven Unterrichtsausfall protestieren?

Umsetzung

Die externe Evaluation steht unter dem Haushaltsvorbehalt. Sprich: Sie soll in der Umsetzung wieder mal nichts kosten. Entschuldigung! Kommen wir uns da nicht ein bisschen wie Eunuchen vor? Wir wissen zwar, wie es geht, aber...

Viele Schulen arbeiten personell wie von den finanziellen Ressourcen her am Limit. Häufig baut das Schulleben auf dem Engagement der Teilzeitlehrkräfte auf, die weit über ihre Unterrichtsverpflichtung hinaus die Schule am Laufen halten und zwar von den Vertretungen bis zu den Schulfesten und Sportveranstaltungen. Meine Prognose: Die meisten Ziel- und Handlungsvereinbarungen, die im Anschluss an die Veröffentlichung des EVA-Berichts abgeschlossen werden sollen, werden im Sande verlaufen, weil eben die personellen, zeitlichen und finanziellen Rahmenbedingun-

Projekte mit und ohne Folgen

Folgen der R6: Der Tod der Teilhauptschulen – gewollt. Roch die Teilhauptschule doch irgendwie nach Verlängerung der gemeinsamen Schulzeit. Weiter! Die kranke Hauptschule wurde zur todkranken Hauptschule und in der Grundschule breitet sich ein Notendruck aus, der mancherorts kaum noch auszuhalten ist. Die vierte Klasse sehen die meisten Eltern als Deadline und ab der zweiten Klasse wird um jeden halben Punkt gekämpft. Da ist den Eltern kein Vorwurf zu machen. Es ist der Fluch der frühen Auslese und es führt unter anderem und dann im Zusammenhang mit dem neuen GS-Zeugnis dazu, dass KollegInnen bald mehr mit Schülerbeobachtungen und Aufzeichnungen beschäftigt sind als mit Unterricht und Unterrichtsvorbereitung.

3. Diesmal außerschulisch, aber für unsere Schule doch einschlägig.

Ein großer bayerischer Autokonzern führte vor einigen Jahren

das sog. TQM ein, was auf Englisch »Total Quality Management« heißt. Nach ein paar Tagen hieß es bei den Beschäftigten aber nur noch »Toilet Quality Management«. Was lehrt uns das?

Den Beschäftigten sind vernünftige Arbeits- und Lebensbedingungen mindestens genauso wichtig wie die Profitmaximierung des Betriebs. Ich vermute, fast noch wichtiger. Deshalb haben wir auch in unserer Schule *zuerst* unsere Toiletten erneuert und machen uns *nun* an die externe Evaluation – mit einer Einschränkung:

Nach einer zweimaligen Arbeitszeiterhöhung und der ständigen Übertragung von zusätzlicher Arbeit auf die Schulleitungen – und keiner erzähle mir das Märchen von mehr Verantwortung und Eigenständigkeit – bin ich nicht bereit, einen womöglich noch sehr zeit- und arbeitsaufwändigen Evaluationsbericht umzusetzen, wenn ich von dessen Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit nicht wirklich überzeugt bin.

gen für ihre Umsetzung fehlen. Was bleibt dann? Wieder einmal eine »große Offensive«, bei der der Berg kreißt und ein Mäuschen gebiert.



Foto: Robert Michel

Cui bono?

Es gibt natürlich auch noch einen schlimmen Verdacht. Vielleicht geht es im Grunde gar nicht darum, die Schulen auf den Prüfstand zu stellen, Positives zu würdigen und Schwachstellen herauszuarbeiten, um diese dann durch den Einsatz notwendiger finanzieller und personeller Mittel zu beseitigen.

Vielleicht geht es vorrangig darum, wieder einmal zu zeigen, wie hervorragend das bayerische Schulsystem doch ist und auf welchem hohem Standard es arbeitet.

Und wenn es wieder mal nur um die politische Rechtfertigung für unsere bewährte Dreigliedrigkeit geht?

Nachspann

Dieser Artikel musste aus redaktionellen Gründen vor der Berichtseröffnung verfasst werden. Eine befreundete Kollegin behauptet, ich sei, was »Offensiven und Initiativen« angeht, etwas beratungsresistent. Mag ja sein, dass man im Laufe der Jahre vorsichtig geworden ist, was von oben verordneten Fortschritt und Erkenntnisgewinn betrifft. Denn immerhin dauerte es meine mehr als 35 Berufsjahre, bis sich auch in Bayern die Erkenntnis breit machte, dass es eine nicht unwesentliche Zahl von Kindern gibt, die in unserem gegliederten Schulsystem extrem benachteiligt sind. Und es gibt sogar zarte Ansätze, diese Erkenntnis umzusetzen. Im Grundschulbereich sehe ich das in den vorschulischen Sprachkursen für ausländische Kinder.

Sollte es nun tatsächlich so sein, dass die EVA-Berichte der Ausgangspunkt für die Umkrempelung des bayerischen Schulsystems werden und zwar mit den entsprechenden personellen, zeitlichen und finanziellen Rahmenbedingungen, dann werde ich mir die Zeit nehmen, das auch hier wieder zu würdigen.

Spätestens dann, liebe Renate, darfst du mich nicht mehr beratungsresistent nennen.



von Alois Baun

Schulleiter einer Grundschule

Zukunftsforscherinnen gesucht - Girls'Day - Wettbewerb »Vision 2027«

Im Technik-Kreativ-Wettbewerb »Vision 2027 - Erfinde deine Zukunft« für Mädchen in Europa sollen Schülerinnen ab Klasse fünf ihre Ideen in technische oder naturwissenschaftliche Erfindungen umsetzen, die die Welt von morgen gerechter, besser und lebenswerter gestalten können. Der Wettbewerb findet im Rahmen des »Girls'Day - Mädchen-Zukunftstag 2007« statt, an dem Mädchen bundesweit auf vielen Veranstaltungen Einblicke in zukunftssträchtige Berufs- und Arbeitswelten erhalten.

Dabei geht es vor allem darum, Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Erwerbs- und Familienarbeit weiter zu fördern. In der industriellen Forschung ist der Frauenanteil europaweit niedrig. Mit dem Wettbewerb »Vision 2027 - Erfinde deine Zukunft« besteht im Europäischen Jahr der Chancengleichheit eine einmalige Chance, Mädchen und junge Frauen zu ermutigen, zukunftsorientierte Berufschancen zu nutzen oder eine Karriere in naturwissenschaftlicher Forschung anzustreben.

Einsendeschluss für Erfindungen ist der 27. April 2007, der Tag nach dem Girls'Day. Auch Schülerinnen aus den europäischen Nachbarländern können sich beteiligen. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen wird die besten Ideen auf einer Festveranstaltung am 13. Juni 2007 in Berlin auszeichnen.

Alle Informationen zum Wettbewerb stehen unter www.girls-day.de/vision2027 zur Verfügung.

Der Wettbewerb »Vision 2027 - Erfinde deine Zukunft« wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.



Evaluation in den Erziehungshilfen – fast ein Plädoyer

Im Zusammenhang mit der Einführung der sogenannten »Neuen Steuerung« in der öffentlichen Verwaltung gewann das Instrument Evaluation auch in der sozialen Arbeit und damit in der Jugendhilfe wieder neue Beachtung. Es gibt heute kaum einen Träger, der sich nicht systematisch mit Qualitätsmanagement (QM) auseinandersetzt bzw. standardisierte Verfahren eingeführt hat. Während sich weite Teile von QM mit der Beschreibung und Verbesserung von Arbeitsabläufen beschäftigen, nimmt Evaluation u. a. die Wirksamkeit einer Maßnahme, aber auch die Zufriedenheit der AdressatInnen in den Blick. Dass die Einführung von systematischen Evaluationsverfahren von den Kolleginnen und Kollegen oft kritisch gesehen wird, liegt u. a. daran, dass Qualitätsprozesse in aller Regel mit knappen Ressourcen starten und auch die durch Evaluation gewonnenen Erkenntnisse jeweils keine materiellen Konsequenzen haben. Selten gibt es neue Stellen, Stundenkontingente, Räume, Freiräume oder andere Ressourcen, um eine als notwendig erkannte Veränderung umsetzen zu können. Das ist in der Jugendhilfe nicht anders als in allen anderen Bildungsbereichen.

Warum trotzdem Evaluation?

Auch oder gerade Arbeit mit Menschen muss überprüfbar sein, muss sich nach ihrer Wirksamkeit fragen und befragen lassen, braucht Transparenz, Beteiligung und schließlich auch eine Beschwerdekultur. Um so mehr, wenn es sich um AdressatInnen handelt, deren gesellschaftliche Teilhabe auf Grund von Bildungs- und materieller Benachteiligung eingeschränkt ist. Im Bereich der Erziehungshilfen – und sicher nicht nur dort – werden häufig Verfahren angewendet, die Eltern und/oder Jugendliche in den Evaluationsprozess einbeziehen, in dem diese selbst über ihre eigenen Fortschritte oder Veränderungen nachdenken. Während sie das Erziehungshilfeangebot bewerten (»wurde auf meine besondere Situation eingegangen, hatte ich Vertrauen, etc.?«), fragen sie sich gleichzeitig, ob sich hinsichtlich ihrer zu Beginn formulierten Ziele etwas verändert hat bzw. sie selbst etwas verändern konnten. Beide, BeraterIn und AdressatIn, treten in einen partizipativen Prozess der Selbstevaluation, der gleichzeitig Teil des Beratungsprozesses ist.

Wer profitiert?

Selbstevaluation macht dann Sinn, wenn die Beschäftigten durch die systematische Überprüfung ihrer Arbeit neue Impulse erhalten, neue Ideen und Programme entwickeln und dafür auch Möglichkeiten und Freiräume zur Verfügung haben. Sie kann dann zu mehr Arbeitszufriedenheit



Foto: imago/INSADCO

führen, auch wenn der äußere Rahmen begrenzt ist.

Evaluation ist sinnvoll, wenn die AdressatInnen durch Befragung und gemeinsame Reflexion des Angebots einbezogen sind. Erfahrungen aus den Erziehungshilfen zeigen, dass dies selbst dann möglich ist, wenn die Hilfe nicht freiwillig in Anspruch genommen wurde, etwa wenn Kindern Gefahr drohte.

Evaluation dient auch als Instrument der Personalentwicklung. Das macht dann Sinn, wenn es wirklich um »Entwicklung« geht. Wird Evaluation allerdings lediglich als Kontrollinstrument eingesetzt, um interne Vergleiche anstellen zu können und damit eine Grundlage für die mit dem TVöD eingeführte leistungsbezogene Bezahlung zu gewinnen, ist die Chance vertan, die Arbeit gemeinsam weiterzuentwickeln.

Aufwändige Verfahren

Neben Selbstevaluation und Kundenbefragung bedient sich die Wirksamkeitsüberprüfung von Jugendhilfe z. T. aufwändiger und teuer eingekaufter Verfahren, die – wie im schulischen Bereich – Elemente interner und externer Evaluation zusammenführen. Ein Beispiel: Einrichtungen und Kostenträger kommunizieren via Internet mit einem/einer externen EvaluatorIn, zunächst mit dem Ziel, Einzelfallarbeit zu bewerten und Entscheidungsprozesse zu qualifizieren. Die von beiden Seiten eingegebenen Einzelfalldaten

und Bewertungen dienen dann allerdings in der Summe der Bewertung der gesamten Einrichtung bis hin zum Benchmarking. Problematisch sind solche Verfahren vor allem auch deshalb, weil sie die eigentlich Betroffenen, die Kinder und Jugendlichen mit ihren Eltern, nicht zu Wort kommen lassen, weil sie zwar technischen Datenschutz sicherstellen, aber auf nahezu unverantwortliche Weise persönliche Daten, Einschätzungen und Meinungen über Menschen zentral sammeln. Die Rede ist von einer so genannten »dialogischen Datennutzung«, in einem wirklichen Dialog jedoch wären Erziehungsfragen besser und auch schneller zu klären.

Wohl und die Interessen der Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt stellen. Notwendig sind Fragen nach der »richtigen« und geeigneten Hilfe, nach Wirksamkeit und auf welche Weise im schlimmsten Fall Gefahren für Kinder abgewendet werden können. Wenn die Diskussion darüber öffentlich geführt wird, wird es zumindest schwerer fallen, dringend für notwendig befundene Maßnahmen oder Ausstattungen aus Kostengründen abzulehnen.

Nicht zuletzt sind wir es den AdressatInnen schuldig, unsere Arbeit auch ihnen gegenüber offen zu legen und sie und uns nach Verbesserungspotenzialen zu fragen.

Evaluation als Selbstverpflichtung

Ungeachtet der einzelnen Verfahren müssen sich Träger, Einrichtungen, Fachkräfte und natürlich auch Jugendämter kritische Nachfragen gefallen lassen, wenn sie das

von Verena Escherich

Sozialpädagogin
Mitglied der DDS-Redaktion





Die TeilnehmerInnen




Die Aussteller




Landesfachtagung Schulsozialarbeit 2007 ein voller Erfolg

Aufgrund des unerwartet hohen Zuspruchs zur ersten Tagung vor 2 Jahren luden das Forum Bildungspolitik Bayern und OBIS e.V. Anfang März zu einer zweiten Landesfachtagung Schulsozialarbeit in den Nymphenburger Schulen in München ein. Das Programm lockte über 200 TeilnehmerInnen aus der Berufspraxis, aber auch engagierte Eltern an. Dank der hervorragenden Organisation vor Ort klappte alles wie am Schnürchen. Ziel der Fachtagung Schulsozialarbeit 2007, die insbesondere dem Erfahrungsaustausch dienen und die Vernetzung der Fachkräfte untereinander fördern sollte, war es vor allem, den »Stand und die Entwicklung der Schulsozialarbeit in Bayern« zu reflektieren, einer weiteren Verschärfung sozialer Disparitäten entgegenzuwirken sowie Vorschläge und Perspektiven für konkretes Handeln zu diskutieren. Dazu bot das Programm reichlich Gelegenheit. Im Hauptreferat gab Prof. Dr. Bassarak einen Überblick über seine Forschungsergebnisse zum Thema. Klaus Wenzel moderierte anschließend zwei Podiumsdiskussionen mit Politikern. Zur Frage der Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe aus der Sicht des Bundes, des Freistaats Bayern und der Kommunen diskutierten SPD-MdB Marlene Rupprecht, Kinderbeauftragte und im Bundestagsausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Kinder, Ministerialrat Dr. Werner Schrom vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Gabriele Lerch-Wolfrum vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen und Reiner Pröbß, Sozialreferent der Stadt Nürnberg. Die Positionen der Landtagsfraktionen stellten Margarete Bause für Bündnis 90/Die Grünen, Franz Maget für die SPD und Prof. Dr. Gerhard Waschler für die CSU dar. Intensive Diskussion gab es zwischen CSU- und MinisteriumsvertreterInnen und den anderen Diskutanten wegen des Begriffs »Schulsozialarbeit« oder »Jugendsozialarbeit an Schulen«? Hintergrund der Begriffsdiskussion: Jugendsozialarbeit unterliegt der kommunalen Mitfinanzierung, während Schulsozialarbeit als schulische Angelegenheit allein vom Kultusministerium zu bezahlen wäre. Es ging also schlicht und einfach ums Geld! Nachmittags wurden in neun Foren aktuelle und zum Teil fachpolitisch hoch brisante Themen referiert und diskutiert. Die ReferentInnen kamen aus unterschiedlichsten Institutionen und brachten Erfahrungen aus mehreren Bundesländern ein.




Die Ausrichter und Organisatoren





Die Podiumsdiskussionen



Die Evaluation der Integrationskurse

Am 2. Februar 2007 fand in Berlin die Fachtagung »Evaluation und was nun? Die Zukunft der Integrationskurse« der Initiative Pro Integration statt. Miriam Herrmann war dort und beschreibt für die DDS die Problematik.

Fot.: imago/Götz Schleser

Am 1. Januar 2005 trat das neue Zuwanderungsgesetz in Kraft. Deutschland galt fortan offiziell als Einwanderungsland. Was es bereits seit etwa 30 Jahren gab, wurde neu erfunden: die Integrationskurse, von nun an allen NeuzuwanderInnen »verordnet«. Die Teilnahme wurde zur Pflicht.

Vorher und Nachher

Was vorher von 20 bis 30 Angestellten des Sprachverbandes in Mainz im Großen und Ganzen sehr gut organisiert und verwaltet wurde, geriet nun in die Hände des *Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge* (BAMF) in Nürnberg. Nach kurzer Zeit war nichts mehr wie es einmal war. Der Sprachverband wurde aufgelöst und mit ihm u. a. das festgelegte Mindesthonorar für die Lehrkräfte von 23,10 Euro. Die Honorare fielen ins Bodenlose (sie liegen inzwischen weitgehend zwischen 10 und 18 Euro). Während früher Kurse ab 10 TeilnehmerInnen finanziert wurden, wird jetzt pro TeilnehmerIn gezahlt (2,05 Euro pro TeilnehmerIn und Unterrichtseinheit). Die Folge: Es gibt Kurse mit bis zu 25 TeilnehmerInnen unterschiedlichster Herkunft und Vorbildung in einem Kurs. Während die MigrantInnen früher bis zu 900 Stunden (und mehr) zum Erwerb der deutschen Sprache hatten, ist die Zahl seit 2005 auf 600 Stunden Deutschkurs plus 30 Stunden Orientierungskurs (etwas »Deutschlandkunde«) festgelegt, was für die meisten bei Weitem nicht ausreicht, auch nur annähernd genügend Deutschkenntnisse zu erwerben, um auf den Arbeitsmarkt vermittelt werden zu können.

Gleichzeitig stieg der Verwaltungsaufwand um ein Vielfaches: Bevor ein Kurs besucht werden kann, müssen seitenweise Formulare ausgefüllt und Anträge gestellt werden. Nach jedem Modul (ein Modul besteht aus 100 Stunden) wiederholt sich die Prozedur in ähnlicher Weise. Etwas überzogen ausgedrückt: Jeder Toilettengang der TeilnehmerInnen muss festgehalten, protokolliert, archiviert werden. Diesen gewaltigen bürokratischen Aufwand haben allein die Träger zu bewältigen. Es gibt pro TeilnehmerIn lediglich eine einmalige Verwaltungsgebühr von 7 Euro für alle 630 Stunden.

Kurz und gut: Schon kurz nach Inkrafttreten des neuen

Gesetzes war klar, dass sich die Bedingungen für Träger, LehrerInnen und TeilnehmerInnen gleichermaßen gewaltig verschlechtert hatten.

LehrerInnen und Träger mit langjähriger Erfahrung traten mit Kritik und Verbesserungsvorschlägen ans BAMF heran. Mit Hilfe dieser Vorschläge hätte man innerhalb kurzer Zeit die meisten Mängel mit wenig Aufwand und Geld beheben können.

Die Evaluation durch die Firma Ramboll

Stattdessen wurde die Firma Ramboll Management mit der Durchführung einer Evaluation beauftragt und jeder Verbesserungsvorschlag, jede Kritik, jede Forderung nach Aufbesserung der finanziellen Mittel mit dem Argument abgeschmettert, man müsse erst die Ergebnisse der Evaluation abwarten.

Ramboll befragte bundesweit 80 Träger und zwei HonorarlehrerInnen der *Aktion Butterbrot*, teilweise in Gesprächen, teilweise über Online-Befragung. Die Online-Fragen waren sehr zeitaufwändig. Sie nahmen bei sorgfältiger Beantwortung bis zu drei Stunden in Anspruch. Da alle Träger ohnehin durch den hohen bürokratischen Aufwand völlig überlastet sind, wurden viele dieser Online-Fragebögen von Hilfskräften ausgefüllt, die selbst gar nicht die nötige Kompetenz hatten. Hinzu kam, dass viele Fragen nur mit *ja* oder *nein* beantwortet werden konnten, obwohl weder das Eine noch das Andere zutreffend war. Wurde aber nichts angeklickt, kam man nicht zur nächsten Frage.

Befragung und Auswertung nahmen ein Jahr in Anspruch. Ende 2006 lag ein 260 Seiten langer Bericht mit Verbesserungsvorschlägen vor.

Millionen Steuergelder wurden verschwendet und das Ergebnis ist niederschmetternd: Fast alle Kritikpunkte, Mängel und Verbesserungsmöglichkeiten waren lange vor Durchführung der Evaluation offensichtlich und längst von den entsprechenden Stellen dargelegt worden.

Überraschend höchstens, dass wohl tatsächlich zwei Drittel der Träger angegeben haben, mit den zur Verfügung stehen-

den Mitteln auszukommen. Freilich wurde dabei nicht genauer hinterfragt, wie hoch das Honorar für die dort unterrichtenden LehrerInnen liegt, wie viele TeilnehmerInnen in einen Kurs gepackt werden oder wie hoch die Miete ist. Dass Träger mit großen Kursen und kleinen Honoraren besser zurechtkommen als solche, die sich gegenüber TeilnehmerInnen und LehrerInnen verantwortungsvoll verhalten, dürfte klar sein.

Nicht nachvollziehbar sind die tabellarischen Berechnungen von Ramboll, die definitiv nicht stimmen können bzw. unvollständig sind (siehe Kasten).

Immerhin ergab die Evaluation auch, dass 25 TeilnehmerInnen pro Kurs zu viel, 600 Stunden für die meisten zu wenig und der bürokratische Aufwand zu hoch sind! Aber für wen war das eine neue Erkenntnis?

Was an Verbesserungen vorgeschlagen wird

Hier nur ein paar Beispiele:

Die zugelassene Zahl der TeilnehmerInnen soll auf etwa 15 pro Kurs festgelegt werden. Das haben wir immer gefordert. Nur müsste dazu auch das Budget *deutlich* erhöht werden. Ramboll schlägt drei mögliche Erhöhungen des Kursbudgets vor: von derzeit 2,05 Euro auf 2,20 Euro, auf 2,50 Euro oder auf 3,00 Euro. So könnte, laut Ramboll, bei einer Erhöhung auf 2,50 Euro die durchschnittliche TN-Zahl auf 13 reduziert und das LehrerInnenhonorar auf 18,90 Euro »angehoben« werden, bei einer Erhöhung des Budgets auf 3,00 Euro wird eine TN-Reduzierung auf 12 und ein Honorar von 22 Euro vorgeschlagen. Schon auf der Fachtagung war nur noch von einer möglichen Erhöhung auf 2,20 Euro die Rede. D. h., bei dieser minimalen Erhöhung, aber gleichzeitiger TN-Reduzierung können wir jetzt schon damit rechnen, dass das Honorar für uns LehrerInnen eher noch weiter sinken als steigen wird.

Weiter schlägt Ramboll vor – auch das hatten wir schon vor zwei Jahren gefordert –, die Stundenzahl bei Bedarf auf 930 zu erhöhen. Leider aber nur für bestimmte Zielgruppen, wie zum Beispiel Frauen in speziellen Frauenkursen oder Jugendliche. Der durchschnittliche männliche Migrant in ganz »normalen« Integrationskursen muss weiter mit 630 Stunden auskommen. Was unterscheidet ihn von der Migrantin?

Als letzten Punkt möchte ich die Rückerstattung der Kostenbeiträge bei versäumten, entschuldigten Fehltagen erwähnen. Bis jetzt ist es so, dass diese Stunden den TeilnehmerInnen zurückerstattet werden (1 Euro der 2,05 Euro müssen sie, falls nicht kostenbefreit, selbst bezahlen). Diese Rückerstattung ist mit hohem bürokratischem Aufwand verbunden.

In einer Arbeitsgruppe »Finanzierung« wurde auf der Fachtagung »Evaluation und was nun? Die Zukunft der Integrationskurse« die Ramboll-Berechnungen unter die Lupe genommen: Ramboll berechnete, dass bei 15 TeilnehmerInnen und einem LehrerInnenhonorar von 16,90 Euro der Träger pro Stunde einen »Gewinn« von 0,74 Euro macht (bei dem momentan geltenden Stundensatz von 2,05 Euro). Ramboll schlägt vor, das Honorar auf 19 Euro und die TN-Zahl auf 15 festzulegen; das sei bei einem Stundensatz von 2,20 Euro kostendeckend möglich. Die Arbeitsgruppe machte – ausgehend von einem Mindesthonorar von 23 Euro, wie es bis Januar 2005 bezahlt wurde – folgende Rechnung auf: Bei 23 Euro Honorar und 20 TN müsste der Stundensatz bei 3,30 Euro liegen, um kostendeckend zu sein. Bei 18 TN bei 3,66 Euro und bei (Ramboll-Empfehlung) 15 TN bei 4,40 Euro. Das ist genau das Doppelte von dem, was geplant ist!!!!

Stattdessen könnten die versäumten Stunden (Vorschlag Ramboll) »... entweder in einem Parallelkurs oder in einem Folgekurs angeboten werden.« oder das Manko »auch in Einzelunterricht oder in kleineren Gruppen von *Nachholern* vom Träger erbracht werden. Denkbar wäre auch eine Nachhilfegruppe parallel zum Kurs, in der die Teilnehmer ihre Stundenkontingente einsetzen.«¹ Nur fragt man sich, was heißt »... vom Träger erbracht ...«? Dass der Träger die Kosten dafür aufbringt? Oder die Lehrkraft ehrenamtlich tätig wird?

Man sieht, viele Vorschläge sind lediglich angedacht, aber bei genauerer Betrachtung in der Realität kaum umsetzbar.

Natürlich gibt es auch konstruktive, sinnvolle und durchführbare Verbesserungsvorschläge, die wir alle befürworten und begrüßen, nur hätte es dafür sicher keiner derartig aufwändigen, langwierigen und kostspieligen Evaluation bedurft.

Was jetzt geschieht

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg und das Bundesministerium des Innern in Berlin haben jetzt bis Ende Juni Zeit, die genauen Veränderungen und Verbesserungen festzulegen, um sie Anfang Juli dem Bundestag vorzulegen. Dort werden sie dann ausführlich diskutiert, am Ende verabschiedet und treten dann vermutlich Anfang 2008 in Kraft.

Bis Ende Juni bestünde noch die Möglichkeit der Einflussnahme von außen. Doch der eigentlich zu erwartende Aufschrei bleibt, wie meistens, aus.

Wir leben in einem Land der Bürokratie und trotz aller Finanzprobleme ist es nicht vorgesehen und nicht möglich, Vorschläge erfahrener Fachkräfte aufzugreifen, denen die Problematik seit vielen Jahren vertraut ist. Stattdessen werden Unsummen für eine Evaluation ausgegeben, die durch Menschen erfolgt, die von der Thematik weit entfernt sind und im Grunde keine Ahnung von der Realität bei der Umsetzung der Integrationskurse haben.

von Miriam Herrmann

Dozentin für Deutsch als Fremdsprache
in Integrationskursen in München
Mitglied der Aktion Butterbrot



Bitte auf S. 26 dieser DDS beachten: Veranstaltung beim GEW-Hauptvorstand

¹ Gutachten über Verbesserungspotenziale bei der Durchführung der Integrationskurse, Entwurf Ramboll November 2006, Seite 43

Download des Gutachtens möglich unter:
http://www.bamf.de/eln_043/nn_1073706/DE/Integration/Integrationskurse/Evaluation/evaluation-node.html

Qualitätssicherung nach LQW – ein Flop für die Lehrenden und die Lehre

Die Lernorientierte Qualitätstestierung in der Weiterbildung (LQW), an der inzwischen 554 Bildungseinrichtungen bundesweit teilnehmen, war neben anderen Konzepten des Qualitätsmanagements (QM) Thema des letzten Forums des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE) in Bonn. Unter dem Titel »Kursleiter/innen in QM-Systemen der Weiterbildung – eine vergessene Gruppe?« beschäftigte sich eine Arbeitsgruppe mit der Rolle, die den Lehrenden in den derzeit gängigen QM-Systemen zugewiesen wird. (Neben LQW vor allem das in Bayern bevorzugte Zertifikatswesen der European Foundation for Quality Management (EFQM) und ISO 9000f, ein System für die Industrie.)

Was ist LQW?

Hervorgegangen aus einem Projekt der Bund-Länder-Kommission (BLK), ist LQW mittlerweile bei der als Ausgründung der Universität Hannover geschaffenen *Artset - Forschung, Bildung, Beratung GmbH* verortet. Sie soll im Unterschied zu anderen QM-Formaten ein speziell auf die Bedürfnisse der Weiterbildung ausgerichtetes Evaluations-Instrumentarium schaffen, das hinreichend flexibel ist, um an die sehr unterschiedlichen Weiterbildungseinrichtungen angepasst werden zu können und doch einen aussagekräftigen, institutionsübergreifenden Qualitätsstandard zu gewährleisten. H. J. Forneck, Professor für Weiterbildung an der Universität Gießen, bemerkt dazu: »Die Verantwortung des Staates verlagert sich dabei von der Frage nach den inhaltlichen Kriterien für eine qualitativ hochwertige Weiterbildung auf die Frage, wie Qualität zu regieren sei.« Im Mittelpunkt steht nach den Selbstaussagen von LQW das Lernerinteresse, was sich in den Einrichtungen darin niederschlagen soll, dass deren Selbstdefinition um ein zu formulierendes Leitbild und den jeweils spezifisch zu fassenden Begriff des »gelingenen Lernens« herum aufzubauen ist.

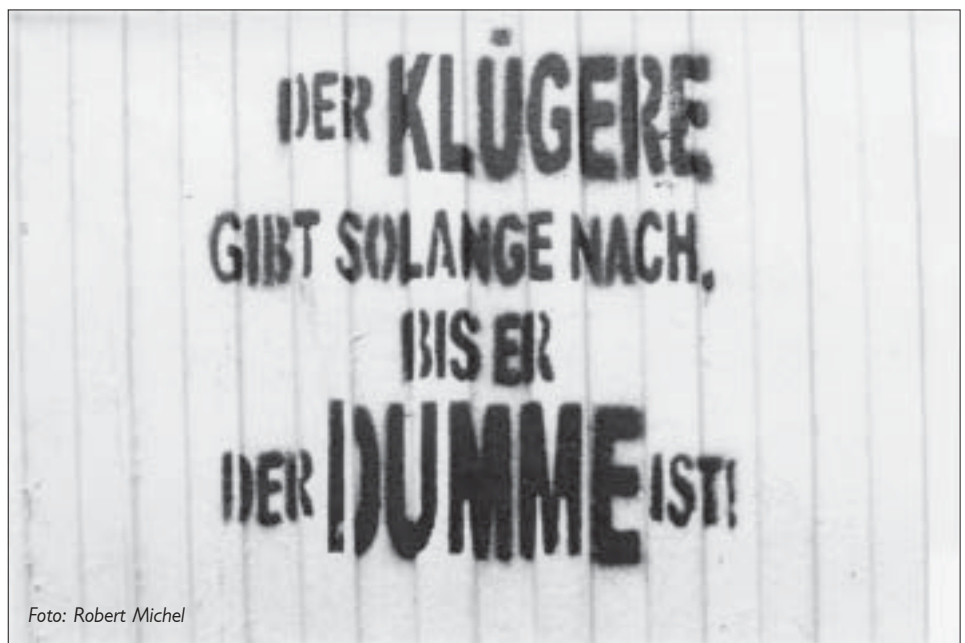
Der im ersten Evaluationsgang erfolgende Prozess der Selbstbegutachtung anhand von elf »Qualitätsbereichen« mündet in die »Selbstreports« als Grundlage für die externen GutachterInnen von Artset. Durch Umfragen, Statistiken und anderes Datenmaterial ermittelte Einschätzungen betrieblicher Abläufe, Ziele, Verfahren, Strukturen, Kenn-

zahlen usw. bilden den Kern dieses Arbeitsabschnitts, der beim Gelingen zur Erstzertifizierung führt und über die Definition »strategischer Ziele« beim Abschluss-Workshop die Fortführung der Evaluation in der Rezertifizierung einleitet.

Nach mittlerweile drei Jahren Laufzeit hatte das DIE sich im Rahmen der oben bezeichneten Veranstaltung die Aufgabe gestellt, eine erste Bilanz der Veränderungen der Situation der Lehrkräfte zu ziehen.

»Vergessene« KursleiterInnen?

Schon zu Beginn der mit diesem Thema befassten AG regte sich jedoch Widerstand gegen ihren Arbeitstitel, und es wurde bezweifelt, ob es sich bei den KursleiterInnen tatsächlich um eine »vergessene« Gruppe handele, oder ob nicht LQW die Vernachlässigung der Lehrenden ganz *bewusst und systematisch* vornehme. Immerhin erfahren die Lehrenden,



einerseits auf der Veranstaltung als Vertreter der eigentlichen »Kernkompetenz« in der Weiterbildung gerühmt, bei LQW nur eine marginale Würdigung und sind doch andererseits die am meisten benachteiligte Beschäftigten-gruppe in der Erwachsenenbildung.

Zufrieden nur im Nebenberuf?

Deutlich belegen dies zwei Auftragsstudien des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Sie besagen, dass unter den Lehrkräften vor allem *Nebenberufler* einen hohen Grad an Zufriedenheit mit den Einkommensbedingungen

in der Weiterbildung ausdrücken. Hauptberufler erfahren ihre Erwerbsmöglichkeiten jedoch als deutlich existenzschränkend bis -bedrohend.

Auch wenn die beim DIE Versammelten vor allem zusammgekommen waren für die Schilderung von Beispielen einer »good practice«, wie es im Neusprech-Kauderwelsch für die BWL-kompatible Pädagogik der Zukunft heißt, ließen sich kritische Töne nicht unterdrücken. So musste der die AG moderierende Leiter der VHS Minden einräumen, dass er in seiner früheren Tätigkeit an der Universität Bielefeld eine Diplomarbeit betreut habe, in der LQW beim Thema »Auswirkungen auf die Qualität der Lehre« ein dickes Minus erhielt. MitarbeiterInnenbefragungen ergaben nämlich, dass LQW die Aufmerksamkeit des hauptberuflichen pädagogischen Personals mehr und mehr auf *betriebswirtschaftliche* Fragen lenkt, und zwar auf Kosten der Beschäftigung mit pädagogischen Problemen. Ein Armutszeugnis für eine Methode, der man vor allem deswegen große Erwartungen entgegenbrachte, weil sie speziell für den Bildungsbereich entwickelt wurde.

Beispielhaft ehrenamtlich?

Als Beispiel für die gewünschte »good practice« führte man auf der Tagung die Einrichtung eines jährlichen DozentInnentreffens an, allerdings mit der Einschränkung, »dass es schwer ist freie Lehrende zu motivieren, an diesen Treffen teilzunehmen« (DIE-Material). An die unter den Bedingungen der Geldwirtschaft effektivste Form der Motivierung scheinen die Autoren dieser Idee nicht gedacht zu haben: die Zahlung eines *angemessenen Honorars* für die Teilnahme an den Treffen. Beliebte bei den Einrichtungen sind auch andere Formen der »Einbindung« der arbeitsrechtlich systematisch Ausgegrenzten wie die Mitarbeit an einem DozentInnen-Newsletter – solange sie keine zusätzlichen Kosten verursachen. Unhonorierter Leistungen der Lehrenden sind in der Weiterbildung sehr gefragt, erhöhen sie doch die Qualität des Service und verbessern die Bilanz.

Die Scheinselbständigkeit gibt den Einrichtungen den Generalschlüssel dafür in die Hand, alle *unbezahlten Leistungen*, die sie von den DozentInnen erwarten, in deren freie »unternehmerische« Verantwortung zu stellen. Mit der Vergabepaxis, KursleiterInnen nur für zeitlich beschränkte Dienstverträge einzustellen, hat man sich das juristische Instrument geschaffen, die Beschäftigung in Form von Kettenarbeitsverträgen zu einem permanenten Bewerbungsverfahren zu machen, das den Trägern alle Freiheiten im Umgang mit ihrem »outsourceten« Personal lässt.

Der Hinweis auf diese Umstände war natürlich nicht das, was BildungsexpertInnen auf der Tagung hören wollten. So wurde denn auch die Frage eines Teilnehmers, ob denn die KursleiterInnen einer VHS in NRW für den Besuch der enthusiastisch als »gute Praxis« geschilderten DozentInnenversammlungen honoriert würden, mit Empörung quittiert.

Das Einleitungsreferat wollte von den wahren, ökonomisch begründeten und politisch herbeigeführten Ursachen der Misere in der WB und der prekären Situation der Lehrkräfte nichts wissen, sondern erklärte bestehende Probleme aus einer angeblichen »Ambivalenz« zwischen den unterschiedlichen »Handlungslogiken« von pädagogischem Handeln und »organisationalem (!) Handeln« andererseits.

Pädagogik oder Betriebswirtschaft?

Ganz harmlos scheinend wurde in diesem Kontext dem organisationalen Handeln als prägendes Merkmal das Effizienzkriterium zugeordnet. Dass jedoch »Effizienz« heute als positives Verhältnis von pekuniärem Input zu entsprechendem Output, also rein betriebswirtschaftlich, buchstabiert wird, ist die eigentliche Ursache dafür, dass die »pädagogische Handlungslogik« ins Hintertreffen gerät und nicht – wie behauptet – ein unabweisbares Spannungsverhältnis zwischen beiden Polen besteht. LQW ist, das zeigen alle Erfahrungen, rein dem Organisationshandeln verpflichtet; für eine Weiterentwicklung von Lehrangebot und -methodik sind deshalb von diesem Modell keine Anregungen, sondern vielmehr betriebswirtschaftliche Bremsen zu erwarten. Ein dicker Malus für Einrichtungen wie Volkshochschulen, die – auch das zeigt die Studie des BMBF – beinahe ausschließlich von den Bildungsbedürfnissen eines privaten Publikums abhängen und diesem mit attraktiven Angeboten gegenüber treten müssen, die sich nicht im Selbstlauf aus optimierten Organisationsabläufen ergeben.

Was folgt daraus?

Zertifizierungssysteme wie LQW müssen mit der Forderung konfrontiert werden, in ihre Qualitätsstandards die Kriterien der sozialen und wirtschaftlichen Sicherheit sowie der gleichberechtigten Teilhabe der Lehrenden an der Planung aufzunehmen. Erst so kann die mit den derzeitigen Modalitäten stillschweigend einhergehende Unterstellung kritisiert werden, auch noch so miserable und menschenunwürdige Honorierungs- und Beschäftigungsbedingungen hätten nichts mit der Qualität der Lehre zu tun.

Ob LQW auf Dauer wenigstens in der Lage ist, das Organisationshandeln deutlich zu verbessern, muss nach vorliegenden praktischen Erfahrungen bezweifelt werden. Die vielbejubelte Output-Orientierung krankt an der wachsenden Input-Verknappung und so bleibt abzuwarten, ob unter dem Vorzeichen von Stellenstreichungen die daraus hervorgehende Mängelverwaltung nicht notwendigerweise zu einer Praxis von Vertuschung und Schönrederei führt, um das nächste Gütesiegel zu erhalten. Sicher ist eines: Die Beschäftigten müssen für weniger Geld mehr arbeiten. Grund genug für gewerkschaftliche Gegenwehr.

von Ernst Olbrich

VHS Frankfurt



Kultur- und Bildungsarbeit im Ausland – Potentiale für die Schulentwicklung im Inland?

Deutsche Auslandsschulen – 117 an der Zahl in 62 Ländern mit über 1000 entsandten deutschen Lehrkräften und mehr als 5700 Ortslehrkräften sowie 423 deutsche Lehrkräfte in schulischen Erziehungseinrichtungen im Ausland und 44 Fachberater für Deutsch – genießen weltweit einen guten Ruf und sollen seitens der deutschen Außenpolitik – gemeinsam mit den Goethe-Instituten und anderen Mittler-Organisationen – als »Dritte Säule der deutschen Außenpolitik« ausgebaut werden, so Außenminister Steinmeier im Oktober 2006 in Berlin. Ein beträchtlicher Teil der entsandten Lehrkräfte stammt übrigens aus Bayern.

Gütesiegel Qualitätsschule

Die deutschen Auslandsschulen, im Jahr 2005 mit knapp 135 Mio. Euro von Deutschland gefördert, sollen einem Prozess der Qualitätsüberprüfung durch die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) in Köln unterzogen werden: Nach Leitbilderstellung, Selbst- und Fremdevaluation und Qualitätsdokumentation soll das »Gütesiegel Qualitätsschule der Bundesrepublik Deutschland« vergeben werden. Dieses Verfahren basiert auf dem niedersächsischen Modell der Schulinspektion in Kooperation mit der Bertelsmann-Stiftung, welches auf das Auslandsschulwesen übertragen werden soll.

Doch nicht erst seit der Forderung nach einem formalisierten Qualitätsmanagement haben Auslandsschulen eigene Profile entwickelt: Sie sind aktiv im frühen Beginn des Fremdsprachenunterrichts, fördern Mehrsprachigkeit der Lernenden, praktizieren seit Jahren bilingualen Unterricht und entwickeln als Begegnungsschulen Konzepte für interkulturelles Lernen und aktive Schulgestaltung durch SchülerInnen, Lehrkräfte und Eltern.

30. AGAL-Tagung zur auswärtigen Kultur- und Bildungsarbeit

Dies alles war Grund und Anlass für die AGAL, die Arbeitsgruppe Auslandslehrerinnen und -lehrer der GEW, ihre 30. Tagung zur auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik dem Thema der Schulentwicklung im Ausland zu widmen und nach dem Erkenntnisgewinn für die Debatte im Inland zu fragen. Erstmals wurde diese Tagung, die sich – als einzige Veranstaltung dieser Art! – besonders an aus dem Ausland zurückgekehrte Kolleginnen und Kollegen richtet, von einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung begleitet, die Möglichkeit gab, sich einerseits über das Auslandsschulwesen zu informieren und darüber hinaus Einblick in aktuelle Probleme und Diskussionen zu gewinnen.

Podiumsdiskussion in Göttingen

Nach einem Einleitungsbeitrag des AGAL-Vorsitzenden Wolfgang Gotterbarm, in dem er u. a. die GEW-Forderung nach demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten der Lehrkräfte an deutschen Auslandsschulen als Beitrag zur Qualitätsentwicklung erläuterte, diskutierten: Joachim Lauer, Leiter der ZfA, Dorothea Vogt, Leiterin der Deutschen Schule Paris, Eckhard Mehring vom Weltverband der Deutschen



Tillmann Eden, Dorothea Vogt, Eberhard Brandt, Marianne Demmer, Joachim Lauer und Eckhard Mehring (von links) auf dem Podium in Göttingen

Auslandsschulen, Tillmann Eden, Verwaltungsleiter der Deutschen Schule Genf, und der niedersächsische GEW Landesvorsitzende Eberhard Brandt über Fragen der Vereinbarkeit wirtschaftlicher und pädagogischer Aspekte bei der Schulentwicklung. Die Moderation hatte Marianne Demmer vom GEW-Hauptvorstand übernommen.

Herr Mehring betonte den »unternehmerischen Charakter« deutscher Auslandsschulen: In der Regel – mit Elternvereinigungen als Schulträger – sind es private Schulen. Die Lehrkräfte müssten besonders viel leisten und sich in diese Strukturen einfügen; dies gelinge sehr erfolgreich. Joachim Lauer unterstrich drei Elemente, die für den Erfolg von Auslandsschulen wichtig seien: Eigeninitiative, Verantwortung für das Ganze und gemeinsame Ziele, deren Erreichung dann auch überprüft werden kann. Im Vordergrund steht für ihn das pädagogische Gelingen der schulischen Arbeit. Lust auf aktives »unternehmerisches« Gestalten bezeichnete Eberhard Brandt auch als Grundlage einer demokratischen Schule im Sinne der GEW; allerdings könne Schulentwicklung im Inland sich nicht an ausgewählten SchülerInnenkreisen orientieren, sondern gerade die Brennpunktschule mit schwierigem Umfeld müsse erreicht werden. Dazu seien Marktmechanismen und neoliberale Umgestaltungskonzepte nicht tauglich. Dorothea Vogt wollte einen Gegensatz zwischen pädagogischem und wirtschaftlichem Denken nicht gelten lassen. Eine krisenhafte Entwicklung der Deutschen Schule Paris hätten sie und ihre MitarbeiterInnen nicht mit dem Ruf nach Sponsoren bewältigt, sondern durch die Verbesserung

der pädagogischen Arbeit, die mehr Interessenten an die Schule holte. »Wir nennen uns Gymnasium, tatsächlich sind wir eine Gesamtschule, in der auch Haupt- und Realschüler unterrichtet werden. Aus pädagogischen wie auch wirtschaftlichen Gründen werden alle gemeinsam unterrichtet«, erläuterte sie. Von den Lehrkräften werde viel verlangt, aber sie unterrichten in kleinen Lerngruppen mit innerer Differenzierung und speziellen Lehrprogrammen für die verschiedenen Leistungsniveaus. Alle Kinder lernen außer ihrer Muttersprache zwei weitere Fremdsprachen, davon könnten sich Inlandsschulen etwas abgucken. Tillman Eden verwies auf die unterschiedlichen Aufgaben, die an Schulen wahrgenommen werden müssen, die als betriebliche Einheit geführt werden, und er hob die Bedeutung einer eigenen Verwaltungsleitung hervor, die Lehrkräften den Rücken für die pädagogische Arbeit freihalten kann, indem sie sich um die Rahmenbedingungen kümmert.

Blick über den Tellerrand ist lehrreich

Direkt übertragbar sind die Erfahrungen aus deutschen Auslandsschulen bzw. ausländischen Bildungseinrichtungen nicht auf das Inland, zu verschieden sind die jeweiligen Rahmenbedingungen. Aber lernen kann man durchaus von-einander: z. B. den Umgang mit Heterogenität ohne Ausgrenzung, das frühe Fremdsprachenlernen zur Förderung der Mehrsprachigkeit und das Lernen voneinander, besonders bei Kindern mit unterschiedlicher Muttersprache, sowie das hohe Engagement aller Beteiligten. Aber auch die Professionalität verschiedener Berufsgruppen, die zur erfolgreichen Gestaltung der Schule beitragen, wie der Einsatz einer eigenen Verwaltungsleitung, sind eine wichtige Anregung. Und als wichtigste Erkenntnis: LehrerInnen, die im Ausland tätig waren, haben diese Prozesse

mitgetragen und mitgestaltet und es wird höchste Zeit, dass inländische Schulbehörden dies als besondere Qualität erkennen und die Kompetenzen der Kolleginnen und Kollegen nutzen, am neuen Arbeitsplatz, in der LehrerInnenfortbildung, bei der Beteiligung an der Qualitätsentwicklung von Schulen.

Die TeilnehmerInnen der AGAL-Tagung hatten Gelegenheit, sich eingehend über den »Qualitätsrahmen des Bundes und der Länder für Deutsche Schulen im Ausland«, über Verfahren der Selbst- und Fremdevaluation wie das Konzept des »Peer-Review« zu informieren und Grundsätze des integrativen und kooperativen finnischen Schulwesens zu bestaunen.

»Aus Sicht des Auslands wird die frühe Sortierung von Schülerinnen

und Schülern in Deutschland zunehmend als ein Verstoß gegen Menschenrechte wahrgenommen«, beschrieb Rainer Domisch aus Finnland ein hartes Urteil über das deutsche Schulwesen aus der Außensicht. Rainer Domisch selbst begann an der Deutschen Schule Helsinki als Auslandslehrer und wechselte später in das finnische Erziehungsministerium.

Schulinspektionen wegen Wirkungslosigkeit abgeschafft ..., und zwar bereits 1990 in Finnland. Während der AGAL-RückkehrerInnen-Tagung in Mariaspring berichtete dies unser Kollege Rainer Domisch, ehemaliger Auslandslehrer an der Deutschen Schule Helsinki, inzwischen Mitarbeiter im finnischen Erziehungsministerium. Der Grund für die Abschaffung der Schulinspektionen war die erwiesene Wirkungslosigkeit bei der Verbesserung der Unterrichtsarbeit. Als effektiver erwiesen sich in der Zwischenzeit ein gut ausgestattetes Fortbildungsprogramm, das u. a. gehaltswirksame Qualifizierungen im Rahmen von institutionalisierten Sabbatjahren ermöglicht, im Verein mit einer erweiterten Verantwortung der SchulleiterInnen: Sie allein stellen LehrerInnen ein (und entlassen sie auch). Vorausgegangen war schon früher die Umwandlung des dreigliedrigen(!) Schulsystems in eine 9-jährige kostenlose Einheitsschule für alle, auf der kostenpflichtige weiterführende Bildungsgänge aufbauen. (Nach Meinung von Rainer Domisch stellt die frühe Selektion von Kindern einen Verstoß gegen Menschenrechte dar.) Eine weitere finnische Eigenart, die Ganztagschule, beruht keineswegs auf einer – im Vergleich mit Deutschland – größeren Zahl von Unterrichtsstunden, sondern auf mehr und längeren Pausen – mindestens 10 Minuten nach jeder Unterrichtsstunde – sowie einem gemeinsamen kostenlosen Mittagessen. Ein derart entspannter Unterrichtstag endet eben dann erst am Nachmittag.

Die Beiträge der

Referenten Wilfried Janssen von der ZfA, Dr. Köhler vom Bund-Länder-Ausschuss der KMK (BLASchA), Prof. Dr. H-G. Rolff aus Dortmund und Rainer Domisch aus dem finnischen Erziehungsministerium sowie die Ergebnisse der Arbeitsgruppen sind in der Tagungsdokumentation enthalten, die beim GEW-Hauptvorstand in Frankfurt zu beziehen ist.



von Harald Binder

Vertreter der GEW Bayern in der AGAL auf dem Foto im Gespräch mit einer Teilnehmerin

Die GEW Bayern lädt ein: Als LehrerIn für einige Jahre im Auslandsschuldienst

- Fortbildungsveranstaltung für LehrerInnen aller Schularten, die an den Möglichkeiten des Auslandsschuldiensts interessiert sind
- Informationen zum Auslandsschulwesen, zu den Wegen in den Auslandsschuldienst und über Erfahrungen von KollegInnen, die bereits im Ausland gearbeitet haben

Referenten:

Ministerialrat Thomas Mayer, KM, Vertreter Bayerns im Bund-Länder-Ausschuss für schulische Arbeit im Ausland (BLASchA)

Wolfgang Gotterbarm, Vorsitzender der Arbeitsgruppe AuslandslehrerInnen (AGAL) beim Hauptvorstand der GEW

Harald Binder, Mitglied der AGAL

Termin: **Freitag, 20. April 2007**, 15.00 - 18.00 Uhr, München, DGB-Haus, Schwanthalerstr. 64, Großer Saal

Anmeldung bis 18.4.07 bei der GEW-Landesgeschäftsstelle:

Susanne Glas • Tel. 0 89-54 40 81 14 • Fax 0 89-5 38 94 87 • E-Mail sg@bayern.gew.de – Stichwort: Auslandsschuldienst

Ehemalige AuslandslehrerInnen aus dem Großraum München sind herzlich eingeladen, um die Ausführungen der Referenten mit Ihren Erfahrungen zu ergänzen.

Rettet die Frühförderung!

»Zur richtigen Zeit die richtige Hilfe« Unter diesem Leitgedanken wurden in Bayern wie im ganzen Bundesgebiet flächendeckend auf Landkreisebene interdisziplinäre Frühförderstellen gegründet, um behinderten und von Behinderung bedrohten Kindern und ihren Bezugspersonen umfassende Hilfen zu bieten. Von der Geburt bis zur Einschulung können Eltern niederschwellige und kostenlose Hilfs- und Beratungsangebote für ihre Kinder in Anspruch nehmen. Das Fachpersonal der Frühförderstellen rekrutiert sich aus sozialpädagogischen Berufsfeldern (ErzieherInnen, HeilpädagogInnen, SozialpädagogInnen und PsychologInnen) und aus dem schulischen Bereich durch SprachheilpädagogInnen und SonderschullehrerInnen. Medizinische Assistenzberufe wie PhysiotherapeutInnen, ErgotherapeutInnen und LogopädInnen ergänzen das interdisziplinäre Team einer Frühförderstelle. Das Fachwissen aus den unterschiedlichen Bereichen erlaubt einen systemischen Blick auf die gesamte Lebens- und Lernsituation der Kinder. Auf dieser Grundlage wird ein jeweils individuelles Förderkonzept entwickelt. Der Landkreisbezug ermöglicht es, dass Frühförderung sowohl ambulant in der Frühförderstelle als auch mobil in Kindergärten und Familien vorgehalten werden kann.

Träger dieser Einrichtungen sind kirchliche und private Wohlfahrtsunternehmen wie Caritas, Diakonie, Lebenshilfe und AWO.

Gute Arbeit braucht gute Arbeitsbedingungen

Eine sachgerechte Frühförderung braucht eine solide personelle und sachliche Ausstattung. Sie benötigt tariflich bezahltes Fachpersonal, einen Fuhrpark, der die mobile Frühförderung sichert, sowie Räumlichkeiten und entsprechende Ausstattung mit Spiel- und Therapiematerialien, außerdem eine zeitgemäße Verwaltung für die Abrechnung mit Sozialleistungsträgern und Krankenkassen. Diese kommen neben ergänzenden Zuschüssen des Kultusministeriums und dem Einsatz von Spenden im Wesentlichen für die Kosten der Frühförderung auf.

Um eine individuelle Förderung zu ermöglichen, sind Arbeitsbedingungen erforderlich, die Fallbesprechungen, interdisziplinären Austausch sowie interne und externe Fortbildungen ebenso vorsehen wie verbindliche Zeiten für Vor- und Nachbereitung der Förderstunden, für Elterngespräche, für Kontakte mit Kindergärten und anderen Bezugspersonen.

Je nach Frühförderstelle und Landkreis waren die Kos-

von **Wolfgang Nördlinger**
Vorsitzender der Fachgruppe SozPäd



tensätze für die Frühförderung bisher mehr oder minder kostendeckend. Schwachpunkt der Finanzierung waren die Krankenkassen, die in ihrer Berechnung nur die Arbeiten *mit*, und nicht *für* das Kind gesehen haben.

Dies wurde von den pädagogischen MitarbeiterInnen dadurch ausgeglichen, dass jede/r ein Kind mehr pro Woche gefördert hat, um den medizinischen Assistenzberufen auch Teambesprechungen und Verfügungszeiten zu ermöglichen.

Streit unter den Kostenträgern

Nachdem in heilpädagogischen Tagesstätten die Pflegesätze gedeckelt wurden, die Entgelte bei der Pflegeversicherung budgetiert und die neuen Förderrichtlinien für Kindertagesstätten eingeführt wurden, nach den Einschnitten bei Renten, Krankenkosten und dem konsequenten Sozialabbau seit der Regierung Kohl konnte natürlich der »Unkostenfaktor« Frühförderung nicht ungeschoren davon kommen.

Aus diesem Grund waren bereits vor Jahren die Rahmenvereinbarungen über die Finanzierung der Frühförderung einseitig gekündigt worden, ohne dass ein neuer Vertrag mit den Wohlfahrtskonzernen abgeschlossen wurde. Krankenkassen und Sozialämter stritten sich jahrelang darum, wer die Kosten der pädagogischen Frühförderung *nicht* bezahlt.

Der Einfluss der Betriebsräte

Während in Frühförderstellen mit Betriebsrat durchgesetzt werden konnte, dass genügend Dienstfahrzeuge angeschafft werden, dass für Dienstfahrten mit eigenem Fahrzeug eine Kaskoversicherung abgeschlossen wird,

dass ein Verlustausgleich im Falle einer Rückstufung bei der Haftpflichtversicherung erfolgt und dass der Arbeitgeber auf Antrag auch noch den Selbstbehalt bei Kaskoschäden trägt, werden andernorts alle Betriebsrisiken auf die Beschäftigten abgewälzt:

Fällt eine Förderstunde aus, wird den angebotenen Beschäftigten dies vom Lohn abgezogen! Zum Teil verzichten Arbeitgeber auf eigene Räume und die erforderlichen Arbeitsmittel;

mit dem eigenen PC daheim gehts ja auch, und dazu noch billiger. Von den Beschäftigten wird gegen eine zu geringe Fahrtkostenentschädigung der Einsatz eigener Fahrzeuge verlangt. Das Unfallrisiko haben sie selbst zu tragen. Diese Liste sowie die alltäglichen Beispiele für Selbstausbeutung der Beschäftigten ließe sich noch fortsetzen.

»Weiterentwicklung« der Finanzierung der Frühförderung

Jetzt ist es endlich geschafft: Es gibt einen neuen Rahmenvertrag über die Finanzierung der Frühförderung. Von einer Weiterentwicklung kann dabei aber keine Rede sein, im Gegenteil.

Wie bereits aus den vorliegenden Entwürfen der vergangenen Jahren ersichtlich, wurde hier unter aktiver Beteiligung der führenden Wohlfahrtskonzerne ein Werk geschaffen, dem ein wesentlicher Faktor zugrunde liegt, nämlich nicht (mehr) kostendeckend zu sein. In grob fahrlässiger Weise wurde hier ein Kürzungspaket beschlossen, das keinerlei Verbesserungen, sondern enorme Verschlechterungen mit sich bringt:

- Wesentlich gestiegener Verwaltungsaufwand bei den Abrechnungsmodalitäten ohne entsprechende Finanzierung
- Wegfall der bisherigen erheblichen Zuschüsse des Kultusministeriums
- geringere Einnahmen für die Träger durch Kürzungen der Entgelte
- Zwang zu wesentlich erhöhtem Kinderbetreuungsdurchsatz
- dadurch Verschlechterung der Förderqualität und
- damit Bildungs- und Förderungseinbußen für die Kinder.
- Weniger Möglichkeiten vernetzt zu arbeiten
- Kürzungen bis Entfall von Verfügungszeiten und Fortbildungsmöglichkeiten
- mehr Be- und Überlastung bis (Selbst-)Ausbeutung des Personals
- früheres Burn-out bis hin zur Arbeitsunfähigkeit
- erhöhte Gefahr der Tariffucht der Einrichtungen

Bereits vor einem Jahr habe ich ausgerechnet, dass für eine gleichbleibende Kostendeckung 32 Kinder pro Woche, statt bisher 22 gefördert werden müssten. Meine Warnungen dahingehend an Vorgesetzte und GeschäftsführerInnen hatten nur Beschwichtigungen und den Hinweis zur Folge, man solle doch abwarten, es werde doch wohl nicht so schlimm kommen. Aber es kam und wird noch schlimmer kommen.

Träger als Täter und Opfer

Nachdem Kostenträger wie Landratsämter und Bezirke bei dem Deal mitgemacht haben, hat schließlich auch jede einzelne Frühförderstelle diesem Kuhhandel zugestimmt, ohne ihren Beschäftigten jemals reinen Wein eingeschenkt zu haben oder sie an den anstehenden Entscheidungen in irgend einer Weise zu beteiligen.

Damit das System des Sozialabbaus wie geschmiert funk-

tioniert, bedarf es einer gut eingespielten Mannschaft:

- eine verantwortungslose Politik, die Bildung und Erziehung, Renten und Krankenversicherung und alles Soziale durch entsprechende Umverteilung des Volksvermögens an die Wand fährt
- gegeneinander mit Dumpingpreisen und Tariffucht konkurrierende Sozialkonzerne, die man zur Kostenreduzierung gegeneinander ausspielen kann: Der Billigste erhält den Zuschlag; der kostendeckende mit Qualitätsansprüchen muss entweder um jeden Preis billiger werden oder durch Marktberingung eingehen
- Einrichtungsleiter, die nichts tun und mitspielen, weil es ja nicht an ihnen selber ausgeht

Die traurige (Zwangs-) Rolle der Vorgesetzten

Zum Schluss braucht es Vorgesetzte, die zwar ganz klar wissen, was auf die Beschäftigten zukommt aber Beschwichtigungspolitik betreiben, weil sie wiederum ihren Vorgesetzten gegenüber loyal sein müssen. Wenn die negativen Folgen nicht mehr zu übersehen sind heißt es: »Machen wir das Beste daraus!«, was im Klartext heißt, die Beschäftigte sollen schneller arbeiten, mehr Kinder fördern, mehr Berichte schreiben, auf Verfügungszeiten verzichten, Fortbildungen nur noch im Urlaub und an Wochenenden machen und selber finanzieren und als Klügere alles widerspruchslos hinnehmen.

Wir als GEW machen da nicht mit

Allen, die etwas aktiv an ihrer Situation ändern wollen, bieten wir folgendes an:

- eine oder zwei Veranstaltungen in Nord- bzw. Südbayern, wo wir die Möglichkeit haben, unsere Lage darzustellen
- rechtliche Informationen darüber, wie wir betriebliche Interessenvertretungen gründen können, wenn es noch keine gibt
- Rechtsberatung, was wir bereits jetzt unternehmen können, um unsere Einrichtungen auf einen gesetz- und tarifmäßigen Stand bringen können
- Entwicklung von innerbetrieblichen Strategien, um die größten Härten abzuwehren und um etwas besseres zu erreichen
- Entwicklung von GEWerschaftspolitischen Strategien, wie wir mehr Einfluss auf die Politik nehmen können, die uns das alles eingebrockt hat

Ich bitte alle interessierten und engagierten Kolleginnen in den bayerischen Frühförderstellen, mit mir Kontakt aufzunehmen, am besten per E-Mail, Post, FAX oder vorab telefonisch, weil ich als Sammelstelle für die Frühförderungen in Bayern tätig werden will:

Wolfgang Nördlinger, Beethovenstraße 4, 85057 Ingolstadt

Tel. 08 41-7 42 13 (tägl. bis 22.00 Uhr erreichbar)

Fax: 08 41-98 08 59, E-Mail: WolfgangNoerdlinger@t-online.de

Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft hat bereits verloren! ■

Ein Papier voller Widersprüche

»Aktionsrat Bildung« mit zutreffender Analyse von Bildungsdefiziten, aber falschen und unausgegorenen Rezepten für künftige Bildungspolitik

Die GEW stimmt mit dem »Aktionsrat Bildung« darin überein, dass in Deutschland die Zeit längst reif für radikale Bildungsreformen ist. Die Defizite sind seit Jahren bekannt, es ist schon zu viel Zeit verloren worden. Langjährige Hauptkritikpunkte der GEW werden in diesem Papier klar benannt: Es gibt zu viele Barrieren und Zugangsbeschränkungen zu den einzelnen Stationen des Bildungssystems. Diese führen letztlich zu einer Vergeudung wertvoller Potentiale von Kindern und Jugendlichen und zu sozialen Ungerechtigkeiten.

Krippendiskussion in Deutschland ist »Geisterdebatte«

Es ist in höchstem Maße unverantwortlich, dass Länderregierungen und die Kultusministerkonferenz (KMK) diese offenkundigen Ungerechtigkeiten und Schieflagen seit Jahrzehnten akzeptieren und nichts dagegen unternehmen. Andere Staaten haben Deutschland im Bereich Bildung längst überholt: Finnland beispielsweise hat den Rechtsanspruch auf einen Krippen- bzw. Kindergartenplatz am Ende des ersten Lebensjahres bereits vor 34 Jahren eingeführt. Der Grundsatz, für den auch die GEW seit Jahren vehement eintritt, lieber früh zu investieren, anstatt später mit hohem finanziellen Aufwand die Fehlentwicklungen zu reparieren, müsste längst Handlungsprinzip deutscher Bildungspolitik sein. Dagegen ist die derzeitige Krippendiskussion in Deutschland eine »Geisterdebatte«.

Allerdings enthalten die Vorschläge des »Aktionsrats Bildung« in vielen Teilen Widersprüche, die nach unserer Ansicht aufgrund ideologischer Bewertungen zustande kommen. So empfiehlt der »Aktionsrat Bildung« die Einrichtung eines zweigliedrigen Systems mit Gymnasium und Sekundarschule. Denn – so glauben die Vertreter des Aktionsrats – für eine Zusammenführung aller Schulformen gebe es in Deutschland »keine Evidenzen für positive Effekte«. Belegbar ist dies nicht, denn bislang ist in keiner Region in Deutschland das gegliederte Schulsystem durch das Konzept »Eine Schule für alle« ersetzt. Hingegen liefern integrierte Gesamtschulen regelmäßig überdurchschnittlich gute Ergebnisse bei Schulleistungstudien. In vielen Industrienationen erreichen integrierte Schulsysteme bis zum Mittleren Abschluss deutlich bessere SchülerInnenleistungen und gleichzeitig eine größere soziale Bildungsgerechtigkeit. Warum sollte das in Deutschland nicht möglich sein?

»Eine Schule für alle« sichert individuelle Förderung

Völlig absurd stellt sich die Argumentation des »Aktionsrates Bildung« an einer anderen Stelle dar: Die Einführung einer »Einheitsschule« unterlaufe das grundgesetzlich garantierte Auswahlrecht der Eltern. Hier zeigt sich offenkundig, dass die Professoren bei zentralen Empfehlungen statt zum wissenschaftlichen Beleg lieber auf reine Ideologie zurückgreifen. Artikel 12 des Grundgesetzes enthält das Recht, »...Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen...«. Im Grundgesetz ist nicht vermerkt, dass im Sekundarbereich I unterschiedliche Schularten vorhanden sein müssen. Nach dieser wirren Argumentation des »Aktionsrates Bildung« müsste auch die heutigen Grundschule verboten sein.

Ideologische Scheuklappen zeigen sich schließlich in der Verwendung des Begriffs »Einheitsschule«. Gegner der »Einen Schule für alle« unterstellen damit, dass alle Kinder – ungeachtet ihrer Unterschiedlichkeit – »über einen Kamm geschoren« würden. Das Gegenteil ist richtig: Wenn eine Schule von allen Kindern besucht

wird, ist die Schule gezwungen, individuelle Lernangebote zu organisieren. Im gegliederten Schulwesen wird dagegen angenommen, dass es durch eine »begabungsgerechte Zuweisung« an die »richtige« Schule gelinge, klassenweise einheitliche Lernziel- und Tempovorgaben machen zu können.

Der gymnasiale Abschluss zählt, nicht das Gymnasium

Die Aussage von Prof. Dr. Dieter Lenzen, Vorsitzender des »Aktionsrates Bildung«, das Gymnasium könne man schon deshalb nicht abschaffen, weil es die beliebteste und eine ausgezeichnet arbeitende Schulform sei, ist ebenfalls einer rein ideologischen Betrachtung des Problems geschuldet. Eltern wollen für ihre Kinder einen gymnasialen Abschluss, der die größten Berufschancen eröffnet. Das Gymnasium ist nur das Vehikel dazu. Integrierte Gesamtschulen, in denen in 13 Jahren das Abitur abgelegt werden kann, verzeichnen seit Einführung des achtjährigen Gymnasiums enorm steigende Anmeldezahlen. Die Kultusminister genehmigen allerdings keine zusätzlichen Kapazitäten, deshalb müssen die Gesamtschulen viele SchülerInnen abweisen.

Auch der pädagogische Erfolg der Gymnasien ist kritisch zu sehen. In Bayern werden jährlich rund 20 % der SchülerInnen wieder vom Gymnasium verwiesen (über 10.000 im Jahr 2003). Dem Gymnasium gelingt es offensichtlich nicht, alle SchülerInnen, die das Prädikat »geeignet für das Gymnasium« erhalten haben, ausreichend zu fördern. Trotz dieser rigiden Auslese erlangen in Deutschland nur halb so viele 15-Jährige am Gymnasium die höchste Kompetenzstufe bei PISA wie im finnischen Gesamtschulsystem.

Bildung ist keine Ware!

Höchst problematisch ist nach Ansicht der GEW die lapidare Empfehlung des »Aktionsrates Bildung«, dass »Schulen weiterhin öffentlich finanziert, jedoch in privater Trägerschaft organisiert werden sollen«. Wie das funktionieren soll, bleibt das Geheimnis von Prof. Lenzen. Wer hätte welche Entscheidungskompetenz und was sollte dadurch besser werden? Schulen sind keine Wirtschaftsunternehmen, Bildung ist keine Ware, sondern Menschenrecht und bedarf einer Pädagogik in humaner und sozialer Verantwortung.

Die Qualität des Bildungsangebots ist auch keine Frage des Status' der Lehrkräfte, sondern die guten Arbeitsbedingungen und ausreichender Ressourcen.

Absolut zu unterstützen ist dagegen die Forderung des »Aktionsrates Bildung« nach flächendeckenden Angeboten von verpflichtenden Ganztagschulen mit lern- und schülergerechter Rhythmisierung unter Einbeziehung von SozialpädagogInnen und anderen Professionen. In Bayern gibt es bisher ausschließlich Rumpfmmodelle, die entweder nur einen Ganztagsklassenzug oder ein zusätzliches Nachmittagsangebot vorhalten, das in der Regel aber in keinem konzeptionellen Zusammenhang mit dem Schulvormittag steht.

Richtig ist auch, dass in Bildung mehr investiert werden muss. Die Forderung nach einem Investitionsvolumen, das mindestens dem OECD-Durchschnitt entspricht, unterstützt die GEW ausdrücklich. Vor allem muss der frühe Bildungsbereich stärker finanziert werden. Daran entscheidet sich, wie viel eine bessere und gerechtere Bildung der Staatsregierung und der Landtagsmehrheit wirklich wert ist.

von Helmut Oskar Brückner

Krippen-Diskussion auf den Punkt bringen!

Entscheidend ist die Qualität von Bildung und Erziehung der Kleinstkinder

Die GEW begrüßt den Vorstoß der Bundesfamilienministerin in Sachen Kinderbetreuung, denn damit wird erstmals nicht mehr darüber diskutiert, ob Kindertagesstätten gebraucht werden oder nicht, sondern wie man dem Mindestbedarf gerecht wird und wie die Finanzierung zu sichern ist.

Die Debatten gehen allerdings nur der Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus der Sicht der Besserverdienenden nach – haben aber nicht die Qualität der Einrichtungen, deren pädagogisches Profil und Professionalität im Blick. Im Sinne der Kinder, deren Eltern bzw. der ErzieherInnen ist zu berücksichtigen:

- Die Wahlfreiheit der Eltern darf nicht nur auf die Frage der Unterbringung von Kindern außer Haus reduziert werden. Dieses Wahlrecht soll auch die Entscheidung für eine professionelle Kindertagesstätte oder eine zumeist semiprofessionelle Betreuung durch Tagesmütter umfassen. Dabei muss klar sein, dass in der Kinderkrippe an pädagogischen Konzepten ausgerichtete organisierte Gruppenprozesse ablaufen, während die Qualität der Tagespflege in starkem Maße von Zahl und Alter der Kinder, dem Wohnraum und der Aktivität der Tagespflegeperson bestimmt wird.
- Sowohl aus professioneller als auch aus der Perspektive des Kindes ist es abzulehnen, private Tagespflege mit Kindertagesstätten gleichzusetzen. Auch Kleinstkinder brauchen Erfahrungen in gleichaltrigen und altersgemischten Gruppen, um Lernpotentiale und Sozialverhalten optimal zu entwickeln. Dieses Konzept kann am besten in Kleinstkindeinrichtungen umgesetzt werden, in denen Kinder und Eltern durch Fachkräfte begleitet werden.
- Die Alternativen, Kinder einer Tagesstätte anzuvertrauen oder sie zu Hause zu erziehen, schließen sich nicht gegenseitig aus. Vielmehr ergänzen und bedingen sich beide. Intakte Familien stabilisieren den Erfolg guter Einrichtungen und umgekehrt. Der Horizont der Kinder wird erweitert, die Beziehungen zu anderen Kindern und Eltern gefördert. Es entstehen soziale Netzwerke und in vielen Fällen präventive Auffangbecken.
- Landtagspräsident Alois Glück hat es treffend formuliert: »Nicht die Einrichtung ist das Problem, sondern ihre Quali-

tät. (...) Und wenn umgekehrt ein Kind zuhause keine Erziehung und Zuwendung erfährt, ist auch dort nichts gewonnen.«

- Eine gute Kinderkrippe ist in diesem Sinne eine Einrichtung, die über einen kindgerechten Personalschlüssel verfügt, der individuelle Zuwendung und Förderung für alle Kinder ermöglicht: Eine Fachkraft auf drei bis vier Kinder unter drei Jahren; in altersgemischten Gruppen gilt ein Verhältnis von einer Fachkraft zu sechs Kindern als günstig. Davon ist Bayern weit entfernt. Hier liegt das Verhältnis im Durchschnitt bei eins zu acht – und nur die Hälfte des Personals sind Fachkräfte.
- Bessere Personalschlüssel sind vor allem durch hohe Elternbeiträge erreichbar, und damit entscheidet auch der Preis einer Kinderkrippe über ihre Qualität. Eine vorausschauende und wirtschaftlich denkende Jugendhilfe müsste diesen Preis auch für Geringverdiener zahlen, um gerade die Kinder in die guten Einrichtungen zu bringen, die am meisten davon profitieren würden. Bisher werden die Kosten aber nur in Notfällen oder unter Verweis auf die billigeren Tagesmütter übernommen.
- Darüber hinaus werden in Bayerns kinderarmen Gegenden durch den Zwang, die Kapazitäten betriebswirtschaftlich auszunutzen, immer mehr unter 3-jährige Kinder in Kindergärten gesteckt, ohne dass die für Kinderkrippen typische Pädagogik kleinerer Gruppen mit Altersgleichen angeboten werden kann.
- Die bisher in Medien geführte Diskussion wird vorwiegend von fachfremden Personen bestimmt; sie leidet unter dem Mangel, dass Menschen, die Kleinstkinder betreuen, erziehen und bilden darin keine Rolle spielen.

Die Frage »Masse oder Klasse« wird beim heutigen Stand der gesellschaftlichen Debatte zuungunsten der Kinder, Eltern und ErzieherInnen entschieden werden. Die GEW Bayern fordert deshalb die Einbindung entsprechender Professionen bei der Erarbeitung zukunftsfähiger Konzepte der Kinderbetreuung.

von Günther Schedel-Gschwendtner

Angestellte Lehrkräfte in Bayern: TVöD und TV-L und wie weiter?

Zu diesem Thema trafen sich am 10. März ca. 30 KollegInnen im DGB-Haus in München. Einen ganzen Tag lang beschäftigten sich die Lehrkräfte aus verschiedenen privaten und staatlichen Schulen mit Fragen zur Überleitung in die neuen Verträge oder der Problematik des Leistungsentgelts.

Hans Schuster führte mit einem Referat über die aktuelle Tarifsituation in die Veranstaltung ein. Nach einem Überblick über die tariflichen Regelungen bei TVöD und TV-L ging er auf die Auswirkungen der Tarifveränderungen auch außerhalb des öffentlichen Dienstes ein. Wie aus den zahlreichen Nachfragen der TeilnehmerInnen deutlich wurde, ist bei vielen Betriebs- und Personalräten noch zu wenig Wissen über die neue Tarifstruktur vorhanden und wird daher das Mitbestimmungsrecht bei seiner Einführung und Anwendung häufig nicht

angemessen genutzt. Im Laufe der Diskussion entstand der Wunsch nach einer speziellen Betriebs- und Personalräteschulung, um sich mit den mitbestimmungspflichtigen Teilen der neuen Tarifordnung vertraut zu machen.

Unmittelbarer Handlungsbedarf besteht auch beim Thema Leistungsentgelt. Ein Prozent der diesjährigen Gehaltserhöhung wurde vom Arbeitgeber einbehalten und soll als Leistungsentgelt an die Beschäftigten verteilt werden. Insgesamt handelt es sich im Jahr 2007 in der Summe um 12 Prozent eines Monatsgehältes. Während auf Länderebene dieses Leistungsentgelt mangels Einigung zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften im Herbst gleichmäßig an alle Beschäftigten ausgezahlt werden wird, entstehen in TVöD-Bereichen bereits erste Dienstvereinbarungen, die aber oft umstritten sind. Schließlich erhält der Arbeitgeber mit dem Leis-

tungsentgelt, das aus einbehaltenem Gehalt finanziert wird, ein Instrument in die Hand, womit er nach seinem Vorstellungen Beschäftigte belohnen kann oder nicht.

Da dieses Leistungsentgelt nun existiert, sind die Gewerkschaften aufgerufen, sich aktiv in die Diskussion und Verhandlungen einzubringen, um zumindest ein möglichst gerechtes Verteilungsverfahren zu entwickeln. Christian Siegner berichtete von der Erfurter Tagung, auf der u.a. der Vorschlag gemacht wurde, einen möglichst großen Anteil des Leistungsentgeltes als Sockelbetrag an alle Beschäftigten gleichmäßig zu verteilen und nur einen geringeren Anteil als Leistungszahlung dem Entscheidungsbereich des Arbeitgebers zu überlassen.

In den anschließenden Arbeitsgruppen wurde getrennt nach privat oder staatlich bzw. kommunal angestellten Lehrkräften den spezifischen

Wenn das BAföG vom Bildungsministerium über das Sozialministerium wieder eingezogen wird.

Im konkreten Fall hat eine Studentin elternabhängiges BAföG erhalten. Da ihre Eltern, in deren Bedarfsgemeinschaft sie noch wohnt, beide ALG II-EmpfängerInnen sind, sollte sie ihr Drittel der Miete von ihrem BAföG bezahlen. Nun sieht das BAföG in einem solchen Fall 377 Euro inklusive eines Mietanteils von 44 Euro vor. Die ARGE verlangt nun von der Studentin, dass sie davon einen Mietanteil von knapp 280 Euro tragen soll.

Damit wird das BAföG nun endgültig ad absurdum geführt, denn seine grundlegende Idee ist ja gerade den sozial Schlechtestgestellten eine höhere Ausbildung zu ermöglichen und nicht weitere Kürzungen gegen sie und ihre Familien zu ermöglichen.

Zudem ist das BAföG zweckgebunden, wenn es nun für die Miete der elterlichen Wohnung eingesetzt wird, liegt, wenn nicht ein (erzwungener) Missbrauch, so doch eine Zweckentfremdung vor. Abgesehen davon besteht das BAföG auch zur Hälfte als Darlehen, weshalb die Studentin auch noch lange nach ihrem Abschluss die vormalige Miete für die elterliche Wohnung abstottern müsste. Gleichzeitig hat sie jedoch aufgrund ihrer BAföG-Berechtigung kein Recht auf Sozialhilfe oder Wohngeld.

Verschärft wird das Ganze durch die hohen Lebenshaltungskosten an den meisten Hochschulstandorten, die eingeschränkten Möglichkeiten¹ zusätzlich Geld zu erarbeiten und die steigenden Kosten des Studiums (z.B. Studiengebühren, Verwaltungsgebühren, Studentenwerksbeitrag).

Dieser Fall zeigt einmal mehr wie hochselektiv das deutsche Bildungsregime ist. Dass das so ist, wissen spätestens nach PISA alle, dass das so sein soll, finden immer mehr und dass das laut ausgesprochen werden darf, zeigt der aktuelle

¹ Bei zu hohem Nebenverdienst geht der Kindergeldanspruch oder die Familienversicherung verloren und das BAföG wird reduziert. Ab 20 Wochenstunden wird man gar des Studierendenstatus verlustig.

Elitendiskurs. In diesem Zusammenhang wird dann immer von Leistungseliten gesprochen, um die Illusion des sozialen Aufstiegs durch persönlichen Einsatz aufrecht zu erhalten und somit das soziale Selektionssystem zu rechtfertigen.

Nun ist es zwar kein wissenschaftliches Geheimnis, dass die schulische Leistungsfähigkeit in vielfältigen Zusammenhang mit dem sozialen Hintergrund steht und der Leistungs fetischismus mit seinem funktionalistischen Menschenbild höchst fragwürdig ist, aber ein Dogma bedarf nicht unbedingt einer rationalen Grundlage. Dass das alles immer offensichtlich nach Ausschluss, Standesdünkel, Seilschaften und Selbstreproduktion stinkt, haben nun die Herrschenden in der BRD zum Anlass genommen, um hier ein wenig nachzubessern und um die augenscheinlichsten Widersprüche zu kaschieren.

Um der Zweckentfremdung des BAföG und vielfachem Studienabbruch entgegenzuwirken, scheint es nun möglich trotz BAföG einen Mietzuschuss via ARGE/Sozialgeld oder Bund/Wohngeld zu beantragen. Es ist anzunehmen, dass hier das Wohngeld nachrangig ist, da in den Leistungen der ARGE die Miete, bzw. ein Teil von ihr, enthalten ist. Wie das gehandhabt wird, kann letztlich nur der Selbstversuch zeigen; Erfahrungen gibt es zum jetzigen Zeitpunkt noch kaum und wer weiß, wann die nächste Änderung ins Haus steht.

Ob das wirklich eine adäquate Hilfe für akute Notfälle ist, wird jeder bezweifeln, der schon einmal in den Mühlen der Elendsverwaltung war.

Ob diese Neuerung die Auswüchse eines Gesetzes mildern kann das Tausende ins Elend treibt ist fraglich. Es ist zu befürchten, dass die Bedürftigen zwischen den Ämtern zerrieben werden und frustriert aufgeben. Die Miete muss schließlich am Ende des Monats bezahlt werden!

von Michael Bayer

Fragen der TeilnehmerInnen nachgegangen. Jockel Graf von der Münchner GEW ergänzte mit seinem fundierten Kenntnissen zum Tarif-

geschehen die genannten Referenten. Die Zeit reichte kaum aus, um alle Fragen und Wünsche beantworten zu können. Deshalb wurden im abschließenden Plenum weitere mögliche Seminare thematisch angedacht. Für dringend nötig erachte-

ten die Anwesenden ein Seminar speziell für pädagogische Assistenzkräfte. Weiter wurde der Wunsch geäußert, die Themen Mitbestimmung bei TVöD und TV-L sowie das Leistungsentsgelt auch in einem Samstagseminar zu bearbeiten, damit alle Interessierten die Chance haben, daran teilzunehmen.

von Ilona Deckwerth



Seit einem Jahr gibt es das Internetforum GOAL der GEW Bayern. Der Name steht für **G**ewerkschaftlich **O**rganisierte **A**ngestellte **L**ehrkkräfte. Über GOAL können aktuelle Informationen rasch verteilt werden. Zugleich hat jede/r TeilnehmerIn die Möglichkeit, Fragen oder Diskussionsbeiträge an das Forum zu schicken, die dann automatisch alle anderen erreichen. So kann man/frau sich informieren, Antworten geben und Diskussionen führen. Wer mitmachen will, muss Mitglied der GEW sein und sich über Günter Nalenz unter gn@gew.bayern.de anmelden. Damit ist ein gewisser Schutz für alle TeilnehmerInnen gewährleistet, sodass auch vertrauliche Informationen ausgetauscht werden können.

G 8 – eine vorläufige Bilanz

Bald jährt sich die Einführung des G 8 zum dritten Mal. Dies ist Anlass für die Kolleginnen und Kollegen der Fachgruppe Gymnasien der GEW Bayern, nach fast drei Jahren G 8 ihre Erfahrung zu einer Zwischenbilanz zusammenzustellen:

A. Das bayerische Gymnasium

Das Gymnasium ist die Schulart, die das dreigliedrige Schulsystem definiert, da an ihm die anderen Schularten gemessen werden. Die Begründungen für die Berechtigung das Gymnasium zu besuchen sind vielfältig. Sie basieren aber alle auf der Behauptung, im bayerischen Schulsystem werde jedes Kind an genau die Schule verwiesen, für die es geeignet sei und in der es am besten gefördert werden könne. In diesem Zusammenhang wird von Kultusministerium und Philologenverband gerne die Vorstellung von den drei grundlegenden Begabungsrichtungen bemüht: theoretisch, anwendend und praktisch. Diese von ständischem Denken geprägte Einteilung ist aber wissenschaftlich völlig unhaltbar. Tatsächlich ist, wie die Gehirnforschung zeigt, die Verteilung der Intelligenz entsprechend

der Gauß'schen Kurve. Die meisten Menschen verfügen über eine mittlere Intelligenz, wenige über wenig und ebenso wenige über viel Intelligenz. Würde die Dreiteilung der Schulen der Intelligenzverteilung entsprechen, müssten die RealschülerInnen die größte Gruppe bilden, die beiden kleinsten SchülerInnengruppen HauptschülerInnen und GymnasiastInnen. In Wirklichkeit spielt, wie PISA gezeigt hat, die soziale Herkunft eine wesentliche Rolle bei der Aufteilung der SchülerInnen. Schon die regional höchst unterschiedlichen Anteile der weiterführenden Schularten beim Übertritt aus der Grundschule widerlegen die behauptete »Begabungsgerechtigkeit«.

Abgesehen von dieser sozialen Determinante sind die Übertrittsentscheidungen nach dem 4. Schuljahr auch entwicklungspsychologisch äußerst fragwürdig. Dabei wird ja nicht nur eine Aussage darüber getroffen, wie der Leistungsstand des Kindes im Augenblick ist, sondern wie er in Zukunft sein wird, nämlich ob das Kind für eine bestimmte Schulart geeignet ist. Ohne Rückgriff auf überholte Begabungstheorien ist dies aber nicht zu rechtfertigen. Tatsächlich ist der Mensch durch seine Bildsamkeit gekennzeichnet, was die Forderung nach höchst möglicher individueller Förderung jedes Kindes rechtfertigt. Und jeder, der sich mit Jugendlichen beschäftigt, weiß, dass sich deren Entwicklung in ganz unvorhersehbarer Weise, beeinflusst durch vielerlei Faktoren, vollziehen kann.

Die Heterogenität hat auch in Gymnasialklassen zugenommen. Auch das Gymnasium muss sich verstärkt um die Probleme seiner Kinder kümmern. Viele Kolleginnen und Kollegen am Gymnasium sehen ihre Profession nicht mehr allein durch Vermittlung von Fachwissen bestimmt, sondern begreifen sich auch als HelferInnen, Förderinnen und Förderer und AnregerInnen. Sie bilden sich fort, um selbst gesteuerte Lernprozesse organisieren und gruppendynamische Prozesse beeinflussen zu können; sie bemühen sich um eine Pädagogik, in der der Mensch im Mittelpunkt steht.

All dies stößt jedoch auf Grenzen, die derzeit wieder enger gezogen werden:

- Die Arbeitszeiterhöhung wird die Möglichkeit zur individuellen Hinwendung zu Kindern und Jugendlichen verringern. Der Charakter des Gymnasiums als Paukschule wird wieder verstärkt.
- Die geringere Zuweisung von Ressourcen an die einzelnen Schulen zwingt diese dazu, entweder große Klassen zu bilden oder den Wahlunterricht zusammen zu streichen. Beides verringert die Möglichkeiten Kinder individuell zu fördern.
- Schon die letzte Lehrplanrevision für das neunstufige Gymnasium hat zu keiner Entlastung des Unterrichts geführt. Vielmehr wurde in einigen Fällen der Stoff zur »Schärfung des gymnasialen Profils« sogar vermehrt.

Das nebenstehende Foto entstand am 16. März 2004 auf dem von der GEW Bayern veranstalteten Aktionstag »Gegenwehr«



B. Das G 8

Das G 8 wurde mit der zweifachen Zielsetzung eingeführt, zum einen das Studienabschlussalter zu senken und Bayern bei internationalen Vergleichstests an die Spitze zu bringen. Mit der Einführung der Intensivierungsstunden soll der/die Einzelne stärker gefördert und damit der Lernerfolg nachhaltig gesichert werden. Das neue Fach Natur und Technik kommt der Forderung nach einem fachübergreifenden Konzept nach und schlägt eine Brücke zwischen Grundschule (HSK-Unterricht) und Gymnasium.

Beide Neuerungen sind zwar Schritte in die richtige Richtung, sind aber nur halbherzig verwirklicht. So erweisen sich die meisten Schwerpunkte im Fach Natur und Technik als reiner Fachunterricht in Biologie, Informatik und Physik und kommen der Forderung nach fachübergreifender Vorgehensweise nicht viel mehr nach als dies in den Fachlehrplänen des G 9 schon zu lesen war. Was die Intensivierungsstunden angeht, so bleiben sie weit hinter ihrem Anspruch individuelle Förderung zu bieten zurück. Im Übrigen stehen sie aus finanzpolitischen Gründen zumindest zum Teil schon wieder zur Disposition.

Beide Neuerungen sind außerdem als isolierte Maßnahmen unzureichend, da das G 8 grundsätzlich die im Profil des Gymnasiums angelegten Fehlentwicklungen verstärkt. Das verschärfte Lerntempo und die gestiegenen Belastungen für Lehrkräfte und SchülerInnen werden die herkömmliche Art des Lernens zementieren: Die Fixierung auf den Stoff, der überwiegend lehrerInnenzentrierte Unterricht und die geringen Chancen für die SchülerInnen frei zu arbeiten werden sich nicht ändern. So werden neuere Entwicklungen zu innerer Schulreform blockiert.

Das G 8 in seiner jetzigen Form mit der Ausweitung des Nachmittagsunterrichts würde eine Entwicklung hin zur echten Ganztagschule erfordern. Dazu nötig wäre eine Neuorganisation des Schultages, die Einfügung von Ruhe- und Bewegungsphasen und eine dementsprechende personelle und bauliche Ausstattung. Dies erfordert aber ein ausgereiftes pädagogisches Konzept und beträchtliche finanzielle Mittel. Beides ist aber auf ministerieller Seite nicht in Sicht.

C. Folgerungen

Die von der Bayerischen Staatsregierung eingeleiteten »Reformen« sind nicht geeignet, die in den internationalen Vergleichsstudien festgestellten Defizite zu beheben. Sie sind eher aktionistisch als reformerisch. Das G 8 ist eine Schule des verschärfen Lerntempos und der sozialen Auslese. Die neu eingeführten Instrumente der Förderung greifen nicht und sind überdies von Abschaffung bedroht.

Ein weiteres Ziel des G 8, nämlich die Senkung des Studienabschlussalters, wird ebenfalls verfehlt. Die Gründe für das im internationalen Vergleich hohe Alter der deutschen Uni-AbsolventInnen liegen woanders, nämlich z. B. in der mangelhaften Studienfinanzierung. Entscheidend ist außer-

dem nicht die Regelschulzeit, sondern die tatsächliche Schulzeit. Das G 8 wird eher zu einer Erhöhung der Wiederholungsquoten führen.

Diese Schulpolitik korrespondiert mit der Förderung von Eliteeinrichtungen und dem Aushungern des öffentlichen Bildungswesens. Sie fügt sich ein in die allenthalben betriebene Politik der Verknappung der Ressourcen, die der Masse der Bevölkerung zur Verfügung stehen, der Privatisierung öffentlicher Leistungen, der Reduzierung des Staatsanteils am Inlandsprodukt, kurz: der Verarmung der öffentlichen Hand im Gefolge neoliberaler Ideologie.

D. Forderungen der GEW

- Das G 8 kann nur als echte Ganztagschule organisiert werden, der ein ausgereiftes pädagogisches Konzept und eine angemessene personelle und bauliche Ausstattung zugrunde liegen.
- Hauptziel von Bildung muss die Vermittlung von Grundlagen des Lernens sein, die die SchülerInnen befähigen selbstständig weiterlernen zu können. Dementsprechend muss der Unterricht umorganisiert und die LehrerInnenrolle neu definiert werden.
- Lernen muss als individueller Prozess ernst genommen werden, der eine freie Entfaltung jedes einzelnen Schülers und jeder einzelnen Schülerin ermöglicht.
- Individuelle Förderung muss Grundprinzip jedes Unterrichts sein und darf nicht auf die Intensivierungsstunden reduziert werden.
- Das Gymnasium muss sich verstärkt mit Problemen im Lernverhalten der Kinder auseinandersetzen statt sie aufgrund »mangelnder Eignung« abzuschieben.
- Ziel von Schulentwicklung muss sein, das hochselektive gegliederte Schulsystem durch ein integratives System mit einer Ganztagschule für alle zu ersetzen.

Um all dies zu verwirklichen, sind eine Verringerung der Arbeitsbelastung, pädagogisches Umdenken und didaktische Innovation erforderlich. ■

ISW **analysen, fakten & argumente**
Institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

JOB-EXPORT
Die neue globale Arbeitsteilung



Die deutschen Firmen intensivieren die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. Welche Arbeitsplätze sind betroffen? Welche Auswirkungen haben die Verlagerungen auf die Situation der Beschäftigten in den 'Heimat'-Ländern der Konzerne und in den Zielländern?

isw-report 68
Dezember 2006 / 3,50 EUR + Versand

Außerdem neu bei isw:
isw-grafikdienst 11: Armut und Reichtum in Deutschland untersucht die Ursachen und das Ausmaß von Armut, die Quellen und die Verteilung des Reichtums und die Folgen.
Sept. 2006 / 5,00 EUR + Versand

Gesamtprogramm anfordern, Bestellungen
isw – Institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.
Johann-von-Weich-Str. 3, 80639 München
fon: 089-130041, fax 168 94 15, email: isw_muenchen@t-online.de
www.isw-muenchen.de

Arbeit mit Migrantenkindern im Münchner Norden



Dr. Zerr und seine SchülerInnen (Fotos: Stefan Dehne)

In lockerer Form möchte die DDS Projekte zur Förderung von Kindern aus Migrantenfamilien vorstellen. Beginnen wollen wir mit einem Projekt »Zur Förderung der Lese- und Sprachkultur« im Münchner Norden. Der Sprachwissenschaftler und Erzieher Dr. Georg Zerr hat es im Tagesheim der Grundschule an der Thelottstraße im Stadtteil Hasenberg mit Unterstützung des Schulreferats der Landeshauptstadt München erprobt und entwickelt.

Die Kinder, die das Tagesheim besuchen, kommen aus sozial benachteiligten Familien. Der Ausländeranteil beträgt 87,5%, Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit sind fast ausschließlich türkischer Herkunft. In den Familien wird meist die Muttersprache gesprochen. Auffällig ist der Mangel an Ausdrucksfähigkeit in der deutschen Sprache. Auch können die Eltern die Schullaufbahn ihrer Kinder nicht mit eigenem Wissen unterstützend begleiten.

Ausgehend von der Einsicht, dass gute Sprachkenntnisse die Voraussetzung für eine erfolgreiche Schullaufbahn sind, hat sich Zerr im September 2003 zu diesem Projekt entschlossen. Im Zentrum seiner Bemühungen steht – neben der Förderung der Denkfähigkeit, der differenzierten Wahrnehmung und der Kreativität – vor allem die Förderung der Lesekompetenz. Davon ausgehend, dass »Lesen ein Baustein für

allgemeines Wissen

ist«, die Zahl der LeserInnen aber immer mehr zurückgeht – hält Zerr die Leseförderung der Kinder für eine zentrale Aufgabe der schulischen Bildung. Da für ihn die Leseförderung in der Grundschule zu kurz kommt, sieht er Horte und Tagesheime als besten Ort, um die Lesekultur der in dieser Hinsicht von zu Hause benachteiligten Schulkinder zu fördern. Lesen soll daher außerhalb des Schulunterrichts vor allem dem Spracherwerb dienen.

Schwerpunkt des Projekts ist die individuelle Förderung der Kinder. Das Kind wird hinsichtlich seiner sprachlichen Begabung konsequent beobachtet. Dabei zählen vor allem Konzentrationsvermögen, Arbeitsverhalten, Selbständigkeit, Phantasie und der bewusste Umgang mit dem Arbeitsmateri-

al zu den wesentlichen Kriterien. Die Arbeit an Texten wird durch Malen, darstellendes Spiel und spielerisches Erlernen der deutschen Grammatik erweitert. Bei einem Besuch des Tagesheims konnte ich erleben, wie die Kinder mit großer Freude und Begeisterung mit Dr. Zerr lernten, sich in der deutsche Sprachsicherer auszudrücken.

Ein wesentlicher Gesichtspunkt des Projekts ist die enge Zusammenarbeit mit den Eltern. Als entscheidend sieht es Zerr an, die Eltern ausführlich über Zielsetzung und Methodik des Projekts zu informieren. Dazu wurden zwei Sprechstunden in der Woche eingerichtet. Zudem wurde den Eltern eine Liste von Kinderliteratur empfohlen, auch mit der Absicht, zu Hause eine kleine Bibliothek anzuschaffen. Die wichtigste Verpflichtung der Eltern besteht darin, für täglich 15 Minuten Lesen, Raum und Zeit zu schaffen.

Zerr konnte in den letzten Jahren immer mehr Kinder und Eltern für sein Projekt begeistern. Erst vor kurzem wurde seine Arbeit in der türkischsprachigen Zeitung Hürriyet vorgestellt und mit großem Lob bedacht.

Auf Grund der vielen Anfragen und Gesprächen mit Eltern entschloss Zerr sich, einen »Elternwegweiser zur Förderung der Sprach- und Lesekultur Ihres Kindes« zu verfassen. Leicht verständlich werden darin Ratschläge gegeben, wie die Eltern ihre Kinder zum Lesen erziehen können. Dr. Zerr legt allerdings Wert darauf, dass sich sein Projekt ebenso an sozial benachteiligte und bildungsferne deutsche Familien wendet.

Der Erfolg des Projekts ist umso höher einzuschätzen, da es auf der Basis von zwei zusammengelegten halben ErzieherInnenstellen durchgeführt wird. Auch für eine Bibliothek war anfangs kein Geld vorhanden. Durch die Initiative von Eltern ist innerhalb von drei Monaten eine Bibliothek von über 500 Büchern entstanden.

Genauer kann man aus der Projektbeschreibung (mit Beispielen) erfahren, die bei Herrn Dr. Zerr angefordert werden kann.

Kontakt: Georg Zerr (bei Andrea Lutz)
Carl-Orff-Bogen 205 • 80939 München

von Stefan Dehne

ehemaliger Schulleiter
der Willy-Brandt-Gesamtschule in München



Zur Person:
Georg Zerr 1949 in Russland geboren. Studium der Philologie und Germanistik an der kirgisischen Staatsuniversität. Pädagogische und wissenschaftliche Lehrtätigkeit an verschiedenen Hochschulen in Kirgisien (u.a. Leiter der Schule für hochbegabte Kinder). Seit 2000 arbeitet G. Zerr als Erzieher am Tagesheim einer Münchner Grundschule.



MIM-Workshop: Dramaturgie im Spiel- und Dokumentarfilm

Wie aus einer Idee ein stimmiges Drehbuch wird, ist Thema eines Grundlagen-Workshops, den das Medienzentrum München anbietet. Am ersten Tag erläutert der Drehbuch- und Krimiautor Robert Hültner (Tatort, Inspektor Kajetan) Grundlagen der klassischen Spielfilmdramaturgie und die Entstehung eines Drehbuchs von der literarischen Vorlage bis zur Produktionsreife. Was den Dokumentarfilm vom Spielfilm unterscheidet und welche Erzählstrategien es gibt, erläutert am zweiten Tag die Dokumentarfilmerin und HFF-Dozentin Wilma Kiener. Sie zeigt an vielen Beispielen auf, wie Dokumentarfilme spannend und emotional gestaltet werden können.

Termin: 12.+13.05.2007, 10.00 - 18.00 Uhr
Gebühr: 100 Euro/ermäßigt: 50 Euro
Anmeldeschluss: 30.04.07

Kontakt und Anmeldung:

MZM • Rupprechtstr. 29 • 80636 München
Tel.: 0 89-12 66 53-0 • Fax: 0 89-12 66 53-24
mzm@jff.de

und auf der Homepage: www.mzm.jff.de

Michael-Schmidpeter-Preis Der Wettbewerb an bayerischen Schulen zum Thema Homosexualität

»Homo, Schwuchtel, Schwule Saul« – solche Schimpfwörter gehören zum Alltag an bayerischen Schulen. Sie gelten Jugendlichen, die sich zum gleichen Geschlecht hingezogen fühlen. Die LehrerInnen in Bayern trauen sich zu selten, offen in ihrem Unterricht mit dem Thema Homosexualität umzugehen, und das, obwohl statistisch jede(r) Zehnte ihrer Schülerinnen und Schüler persönlich davon betroffen sein kann. Dabei könnten LehrerInnen in ihrer Vorbildfunktion gerade im Unterricht mehr Verständnis bei den heterosexuellen MitschülerInnen bewirken und den betroffenen Jugendlichen Mut machen, ihre sexuelle Orientierung zu akzeptieren.

Das Jugendnetzwerk lambda: bayern möchte diese Toleranz fördern und ruft deshalb LehrerInnen und SchülerInnen auf, sich aktiv mit dem Thema Homosexualität auseinanderzusetzen – im Rahmen des Michael-Schmidpeter-Preises.

Teilnehmen können SchülerInnen und LehrerInnen aller bayerischen Schulen.

Teilnahmebedingungen, Preise und alles andere Wissenswerte erfährt man auf:

www.schmidpeter-preis.de

Sprechen will gelernt sein – Rhetorische Grundlagen für SchülerInnen

In Kooperation mit dem Münchner Schülerbüro e.V. beitet das Bayerische Seminar für Politik ein Seminar für interessierte SchülerInnen an. Darin soll es um die Vermittlung rhetorischer Grundlagen (Redeaufbau, Redeplan, Tipps zum Umgang mit Lampenfieber), die praktische Anwendung

Dies und Das

des Gelernten mittels Videoaufzeichnung und Gruppenauswertung gehen. Hinzu kommen Konzentrations- und Vertrauensübungen.

Termin: 04.-06.05.2007

Ort: Bernried, Hotel Seeblick

Teilnahmegebühr (ÜN im DZ): 28 Euro

Anmeldeschluss: 20.04.07

Bayerisches Seminar für Politik

Oberanger 38/1 • 80331 München

Tel.: 0 89-2 60 90 06 • Fax: 0 89-2 60 90 07

bsp@baysem.de • www.baysem.de

Projekt Elterntalk:

Neues Einstiegsmodul zum Thema Handy

Um den Einstieg in Elterngesprächsrunden zum Thema Handy zu erleichtern, stellt das Projekt Elterntalk sogenannte »Handykarten« zur Verfügung. Mit Unterstützung dieser Handykarten, dazu erstelltem Begleitmaterial als auch der Elternbroschüre »Handy in Kinderhand« (siehe auch: www.handy-in-kinderhand.de) sollen Eltern sensibilisiert werden, sich über die Handynutzung ihrer Kinder und mögliche Risiken auszutauschen. Die farbigen Bildkarten beziehen sich auf verschiedene Aspekte zur Handythematik, z.B. »Handy – ab welchem Alter?«, »Das Handy wird zum Multimediagerät« »Handyverträge« u.a. Die Begleittexte enthalten Zusatzinformationen, die den Einsatz der Handykarten unterstützen sollen, Sachinformationen zu den einzelnen thematischen Aspekten, pädagogische Hinweise und Impulsfragen, die zum Gespräch anregen sollen.

Weitere Informationen:

info@elterntalk.net

Nuestro Futuro es Hoy – Unsere Zukunft ist heute

So lautet der Titel einer DVD, mit dem die Diakonie-Katastrophenhilfe zur Auseinandersetzung mit dem Schicksal von Jugendlichen in Kolumbien anregen will. Ein 15-minütiger Dokumentarfilm schildert ein Schulprojekt für junge Vertriebene, das die Diakonie-Katastrophenhilfe gemeinsam mit der Europäischen Union in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá durchführt. Er wird durch didaktisches Material und Vorschläge zur Unterrichtsgestaltung zu Themen wie Flüchtlinge, Kinderarbeit und humanitäre Hilfe begleitet. Die DVD richtet sich vor allem an Lehrer und Schüler zwischen zwölf und 18 Jahren.

Das gesamte didaktische Material sowie Auszüge aus dem Film gibts im Internet:

www.diakonie-katastrophenhilfe.de

Die DVD gibts kostenlos bei:

Diakonie Katastrophenhilfe • Barbara Bosch

Tel.: 07 11-21 59-4 44 • Fax: 07 11-21 59-110

b.bosch@diakonie-katastrophenhilfe.de

Europa InTakt 2007

Musik und Menschen mit Behinderung Musik - Tanz - Bewegung.

Von 03.-07.10. 2007 findet an der Universität Dortmund der Kongress Europa InTakt 2007 statt. Integrative Musikgruppen aus verschiedenen Ländern Europas kommen zusammen, um in international gemischten Workshops musikalische und künstlerische Erfahrungen zu machen und sich auszutauschen. Gleichzeitig wird die Qualitätsdiskussion um diese Arbeit eröffnet.

Weitere Informationen unter

www.zfw.uni-dortmund.de

»Dem hab ich 'ne Faust mitgegeben« Gewaltbereite Mädchen – Was tun?

Mädchen im Spannungsfeld zwischen Selbstbehauptung und gewalttätigem Verhalten begegnen uns immer häufiger in der pädagogischen Arbeit.

Dazu bietet IMMA eine Fortbildung für Fachfrauen an.

Inhalte des Workshops: Wie arbeite ich mit gewaltbereiten und gewalttätigen Mädchen? Welche Rollenerwartungen prägen meinen Blick auf Mädchen/Frauen in Bezug auf Aggression und Gewalt? Wie kann ich als Pädagogin Werte der Gewaltfreiheit vermitteln? Welche Methoden und Übungen kann ich gewaltbereiten Mädchen zur Erweiterung ihres Verhaltensrepertoires hin zu gewaltfreien Selbstbehauptungsstrategien anbieten? Wie kann ich einen Anti-Gewaltvertrag aushandeln.

Termin: 09. und 10.05.2007, 9.30 - 17.00 Uhr

Kosten: 120 Euro

Anmeldeschluss: 4 Wochen vorher

IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für

Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München

Tel. 0 89-23 88 91 20

kontakt.informationsstelle@imma.de

Nehmen Sie kein Blatt vor den Mund!

Reden wir doch einfach Klartext! Mit den KollegInnen, der Leitung, den Eltern, den Jugendlichen ... Gar nicht so einfach? Stimmt! Die Fähigkeit, sich in Gespräch und Rede klar und überzeugend auszudrücken ist eine wesentliche Voraussetzung, sich Gehör zu verschaffen. Gerade im Bereich der geschlechtsbewussten Arbeit sind neben dem Fachwissen rhetorische Fähigkeiten begleitend zur Überzeugungskraft wichtig.

Ziel eines Rhetorik- und Kommunikationstrainings für Fachfrauen von IMMA ist, durch zielsicheren Argumentationsaufbau eigene kommunikative Fähigkeiten selbstsicher zur Geltung zu bringen.

Termin: 22.05.2007, 9.30 Uhr - 17.00 Uhr

Kosten: 80 Euro

Anmeldeschluss: 22.04.2007

IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für

Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München

Tel. 0 89-23 88 91 20

kontakt.informationsstelle@imma.de

Interessante Veranstaltungen ab April 2007

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41/79 36 95, E-mail: gew21972@aol.com

17.04.07	So sehen Sieger aus – Beobachtungen an finnischen Schulen und Kindergärten. Mit Oskar Brückner, Vorsitzender GEW Bayern	Vortrag und Diskussion	Nürnberg DGB-Haus/K.I.B.S., 15.00 Uhr
18.04.07	Ganztagsschule in Bayern – Zukunftsmodell oder Alibi? Blick über den bayerischen Tellerrand mit Karin Pranghofer, MdL, Bayern, und Horst Rau, Schulleiter einer Ganztagsschule in Rheinland-Pfalz	Vortrag und Diskussion	Aschaffenburg Martinushaus, 20.00 Uhr
19.-21.04.07	Bildung neu bilden – Balancen finden. 14. Bundeskongress Frauen und Schule. */** Veranstalter: Frauen+Schule, GEW Berlin und Brandenburg www.frauen-und-schule.de (s. auch S. 29)	Kongress	Potsdam
20.-21.04.07	Neumitgliederseminar: Personal, Programm und Politik der GEW kennenlernen. *	Seminar	Ingolstadt
14.-16.05.07	Neu als Betriebsrat – Einführung in Aufgaben und Arbeitsweisen des Betriebsrates entsprechend BetrVerfG. */**	BR-Seminar	Niederpöcking
17.-20.05.07	Mai-Meeting 2007. Das Schaufenster der Gewerkschaftlichen Bildungsarbeit (gb@) der GEW. Veranstalter: GEW-Hauptvorstand und GEW-BFW */**	Seminare Workshops	Berlin-Schmöckwitz
13.06.07	Der Mensch macht einen Plan ... Bildungsplan und Bayerisches Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (BayKiBiG) im Spannungsfeld. Mit Dr. A. Köppke-Duttler	Vortrag und Diskussion	Aschaffenburg Martinushaus, 20.00 Uhr
18.06.07	Schwarze Zeiten. 50 Jahre CSU-Bildungspolitik. Eine Bilanz von Ursula Walther, ehem. Vorsitzende des BEV (Bay. Elternverband)	Vortrag und Diskussion	Nürnberg DGB-Haus/K.I.B.S., 19.30 Uhr
30.06.07	Die Junge GEW lädt ein: Eine Schule für alle. Mit Otto Herz	Vollversammlung	München Gewerkschaftshaus
20.-21.07.07	Neumitgliederseminar: Personal, Programm und Politik der GEW kennenlernen. *	Seminar	Kallmünz/Opf.
28.-29.07.07	Europa – Ritt auf dem Stier: bull-riding rodEU oder sanfte Entführung nach EUtopia? Mit Prof. Dr. Jörg Huffs Schmid, Bremen */** Veranstalter: GEW Unterfranken, Kontakt: www.gew-unterfranken.de	Sommerseminar der GEW	Heimbuchenthal/Ufr.
03.-06.10.07	Tirol: Ein Bezirk ohne Sonderschulen. Inklusive Entwicklung der Schullandschaft. Seminar mit Theorie und Praxis/Hospitation */**	Exkursion/ Seminar	Reutte/Tirol

München: siehe immer auch: www.gew-muenchen.de. Weitere Informationen über unsere Mailinglist, Eintrag jederzeit widerruflich! Bitte per E-mail anfordern.

* Anmeldung erbeten, falls nicht anders angegeben über:
GEW-Büro z. Hd. W. Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41-79 36 95, E-mail: GEW21972@aol.com
** Teilnahmegebühr

Die Landesfachgruppe Berufliche Schulen der GEW Bayern trifft sich

am 12. Mai 2007 in München

10.00 Uhr - 16.00 Uhr
im DGB-Haus, Schwanthalerstr. 64

Themen:

Gemeinsamer Teil

- Schwerpunktthema: Feed back Kultur – Vorteile und Probleme durch Befragungen, Reinhard Bell, Mitglied im Gesamtpersonalrat der Stadt Nürnberg
- Leistungsbezogene Bezahlung

Arbeitsgruppe Berufsschulen

- Modularisierung in der Berufsausbildung
- Erfahrung mit neuen Prüfungsformen
- Was uns auf den Nägeln brennt

Arbeitsgruppe FOS/BOS

- Themen werden noch festgelegt.
Vorschläge sind willkommen

Bitte gebt bis zum 05.05. Bescheid, ob Ihr kommt, damit wir das Mittagessen bestellen können.

Anmeldung bei: Erwin Saint Paul
Tel. 089/4488672
E-Mail: esaintpaul@mnet-online.de

Der Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung des GEW-Hauptvorstandes lädt zum gemeinsamen Aktionstreffen ein:

am Samstag, den 14. April 2007

in Frankfurt (M.), Reifenberger Straße 21, Raum 15 von 11:00 bis 16:00 Uhr zum Thema:

Soziale Lage der Lehrenden in der Weiterbildung und die Konsequenzen für die GEW

Ausgangspunkt für diese Veranstaltung sind einerseits die vorliegenden Ergebnisse der Ramboll-Studie »Evaluation der Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz« andererseits die katastrophale soziale Lage der Lehrerinnen und Lehrer in Integrationskursen. Seit unserem letzten Treffen sind etwa 9 Monate vergangen. Wir haben beschlossen, dass wir die Diskussion unbedingt fortsetzen wollen und uns besser vernetzen sollten. Aus der Veranstaltung ging eine Resolution mit klaren Forderungen hervor.

Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Ergebnisse des Gutachtens der Firma Ramboll und dessen Bedeutung für die KursteilnehmerInnen, Träger und vor allem für die Lehrkräfte
2. aktuelle Lage, Berichte
3. Wie soll es weitergehen? (Gespräche mit den Verantwortlichen/Politikern? Briefe? Aktionen? etc.)
4. Vernetzung und Informationsfluss

Da der Anmeldeschluss für das Aktionstreffen bereits am 30.3. war, bitten wir InteressentInnen, sich mit Brigitte Kramer beim GEW-Hauptvorstand telefonisch in Verbindung zu setzen und zu klären, ob eine Teilnahme noch möglich ist: 0 69-7 89 73 - 327

Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die im April Geburtstag feiern, ganz besonders

Heinz Koehler, Erlangen, zum **88.**

Hermine Seide, Dettelbach, zum **87.**

Hans Greetfeld, München, zum **80.**

Joachim Jankowsky, Stein, zum **75.**

Helga Jug, Bad Reichenhall, und

Hermann Amborn, München, zum **74.**

Irmengard Enghardt, Teisendorf, zum **73.**

David Marks, München, und

Rudolf Zellner, Pöcking, zum **71.**

Franz Foff, Selb, zum **70.**

sowie zum **65.**

Christa Linsert, München,

Heidrun Pupp, München,

Gudrun Rihl, Ingolstadt,

Doris Schlichenmaier, Deggendorf,

Eva Sträußl, München,

Waltraut Wertheimer, München,

Friedrich Hosemann, München,

Dieter Klein, München, und

Georg Simet, Brunnthal.



Herzlichen Dank

sagen wir allen, die der Gewerkschaft seit vielen Jahren die Treue halten.

Im April gilt unser Dank

für **60 Jahre** Mitgliedschaft,

Hans Greetfeld, München,

für **35 Jahre** Mitgliedschaft,

Vera Fluck, Lautertal,

Gertrud Schildknecht-Peiberg, Erlangen,

Birgit Schiel, München,

Hermine Seide, Dettelbach,

Carola Wicha, München,

Dr. Marianne Wintergerst, Riemerling,

Fritz Köbler, Höchstadt,

Toni Plommer, Regensburg,

Matthias von Reitzenstein, Großostheim,

Udo Rödel, Münchberg,

Manfred Schöls, Buckenhof,

Dr. Friedrich Sendelbeck, Nürnberg,

Friedrich Karl Tröger, Haimhausen, und

Ulrich Weideler, München.

Berufsverbot gegen unseren GEW-Kollegen wurde aufgehoben



Der Verwaltungsgerichtshof (VGH) Mannheim hat am 14.3.2007 das vom Kultusministerium Baden-Württemberg angeordnete Berufsverbot gegen unseren Heidelberger GEW-Kollegen Michael Cszakóczy für nicht Rechtens erklärt. Michael wurde die Einstellung als Realschullehrer im Jahr 2004 verweigert, weil das Innenministerium das Kultusministerium darüber in Kenntnis gesetzt hat, dass Michael »nicht Gewähr dafür bietet jederzeit voll einzutreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung«. Mit dem Fall von Michael sollte die altgediente Berufsverbotspraxis wieder mal als Abschreckungsinstrumentarium gegen linke AktivistInnen

ins Feld geführt werden. Was gegen Michael in Stellung gebracht wurde waren die Beobachtungen des Verfassungsschutzes. Für das Berufsverbot ausschlaggebend war die Mitgliedschaft in der Antifaschistischen Initiative Heidelberg und Teilnahme an Demos gegen Nazis und den Irak-Krieg. Dies war dem VGH Mannheim an quasi »belastenden Beweisen« zu wenig und er widersprach dem Berufsverbot. Eine lange Solidaritätsaktion von Roter Hilfe und der GEW, und für Michael eine lange sicherlich nicht einfache Zeit, geht hoffentlich dem Ende zu. »Jetzt ist das Land an der Reihe«, sagte Michael nach der Urteilsverkündung im Interview Radio Z (Nürnberg). Eine Einstellung in den Schuldienst muss nun nach Meinung aller UnterstützerInnen umgehend erfolgen.

von **Philipp Heinze**

GEW-Stammtische ... GEW-Stammtische ... GEW-Stammtische ...

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II., 93055 Regensburg, ☎ / Fax 09 41/79 36 95, e-mail: gew21972@aol.com

Aschaffenburg/Miltenberg Termine/Themen der Treffen siehe Aktionskalender auf www.gew-aschaffenburg.de
Kontakt: Reinhard Frankl, ☎ 0 60 95/99 50 49

Augsburg jeden 1. Schuldonnerstag im Monat offene Vorstandssitzung ab 19.30 Uhr im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2
Kontakt: Ulli Bahr, ☎ 08 21/51 45 02 (GEW-Nummer mit AB)

Bad Neustadt Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

Bad Tölz/Wolfratshausen jeden letzten Donnerstag im Monat 20.00 Uhr, Ratsstuben Geretsried
Kontakt: Andreas Wagner, ☎ 0 81 71/96 56 05

Bamberg Termine/Themen der Treffen siehe: www.gew-oberfranken.de
Kontakt: Ernst Wilhelm, ☎ 09 51/6 78 88

Bayreuth jeden 1. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Herpichs Brasserie, Schulstr. 23, Bayreuth
Kontakt: Ernst Friedlein, ☎ 0 92 01/5 90

Coburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Naturkostrestaurant »Tie«
Kontakt: Karin Seifert-Lobedank, ☎ 0 95 61/81 20 36

Donau-Ries/Dillingen monatlich Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, wechselnd: DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

Erlangen jeden Dienstag Sprechstunde von 17.30 - 18.30 Uhr, Friedrichstr. 7
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, DreiBaumStüberl
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/70 24 32

Fürth jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

Haßfurt jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

Ingolstadt jeden 3. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Ölbaum (a.d. Schleifmühle)
Kontakt: Bruno Appel, ☎ 08 41/5 46 83

Kempten jeden 1. Dienstag im Monat
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

Lindau Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

Main-Spessart Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos ☎ 0 93 52/57 68
oder Wolfgang Tröster, ☎ 0 93 53/81 81

Memmingen/Unterallgäu jeden 1. Schuldonnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Parkhotel a.d. Stadthalle
Kontakt: Stefan Kohl, ☎ 0 83 31/98 48 48, gew-unterallgaeu@gmx.de

München AK Personalräte und Vertrauensleute monatlich, Mittwoch 17.00 Uhr, DGB-Haus, nächster Termin: 22.11.06
Kontakt: Hacki Münder, ☎ 0 89/4 48 39 16
und Franz Stapfner, ☎ 0 89/5 80 53 29

München Aktion Butterbrot
Treffen im DGB-Haus, Termine: www.aktionbutterbrot.de
Kontakt: aktion-butterbrot@web.de

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen nach Absprache
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

München Fachgruppe Gymnasien Termine auf Anfrage
Kontakt: Andreas Hofmann, ☎ 0 89/7 25 83 94

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 89/36 72 77

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Programm: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

München GEW-Hochschulgruppe im AK Gewerkschaften
Offene Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, AStA LMU,
Kontakt: gewerkschaften-kontakt@stuve.uni-muenchen.de

München Lehramtskampagne an der Uni
Sprechstunde Dienstag 10.00 - 12.00 Uhr in der SIB um AStA der LMU, Leopoldstr. 15, 80802 München
Kontakt: gew-la@stuve.uni-muenchen.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Sigi Schindler, ☎ 0 91 85/10 91

Neu-Ulm/Günzburg monatlich, Termin auf Anfrage
Gasthaus Lepple, Vöhringen, oder Bad Wolf, Neu-Ulm
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

Nürnberg AK Gewerkschaftlicher Durchblick jeden Dienstag, 21.00 Uhr, Heimat, Eberhardshofstraße
Kontakt: Geschäftsstelle, ☎ 09 11/6 58 90 10

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken
Termine und Infos unter: www.gew-fachgruppe.de.vu
Kontakt: Stephan Stadlbauer, ☎ 09 11/7 36 03 10

Nürnberger Land Termine auf Anfrage
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Afrodite in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Paulaner Garten (ehem. Paradiesgarten)
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis in Kolbermoor
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57

Schweinfurt jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Brauhaus am Markt
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

Selb jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

Starnberg jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr, Herrsching, KommHer, Luitpoldstraße, alte Volksschule
Kontakt: Werner Siegl, ☎ 0 81 52/35 06

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

Weiden jeden 1. Schulmontag im Monat, 19.30 Uhr, Bräustüberl (Kaisereck)
Kontakt: Anna Forstner, ☎ 09 61/4 01 76 30

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino
Kontakt: Manfred Loy, ☎ 0 91 41/24 93

Würzburg jeden 2. Dienstag (ab 1. Schuldienstag nach Ferien), 20.30 Uhr, Altdeutsche Weinstube
Kontakt: Walter Feineis, ☎ 09 31/4 52 76 85

www.bayern.gew.de ... www.bayern.gew.de

**7. Jugendhilfekongress der GEW
20. – 22. September 2007 Rostock**

Prädikat Wertvoll

Alles soll mehr und besser werden:

Mehr Plätze für unter Dreijährige, bessere Bildung in Kitas, mehr Ganztagsbildung, bessere sozialpädagogische Angebote an Schulen.

Die Frage, wer dies zu welchen Bedingung tun soll, wird kaum gestellt.

Wie geht es den Erzieherinnen und Sozialpädagoginnen?

Wie entwickeln sich ihre Arbeitsbedingungen, ihre Aus- und Fortbildung, ihre Bezahlung?

Mit diesen Fragen beschäftigt sich die GEW auf ihrem

7. Jugendhilfekongress.

Die GEW lädt dazu Kolleginnen und Kollegen aus dem ganzen Bundesgebiet ein. Die Teilnahme an den drei Tagen kostet 80 Euro (incl. Hotelunterkunft 150 Euro).

Weitere Informationen können angefordert werden beim GEW-Hauptvorstand, Alexandra Schwarz, Tel.: 0 69-7 89 73-204 • E-Mail: jhk@gew.de

www.bayern.gew.de ... www.bayern.gew.de